

Nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

7

VI. Jahrgang

Verlag Dr. Friedrichshafen, 1. Juli 1966

Einzelpreis 0,75 DM

25 21395

An der Ruhr gärt es! Die Rebellion der empörten Funktionäre der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie gegen ihren Hauptvorstand und der Streik der Hüttenarbeiter bei Krupp um die Abwehr von Massenentlassungen sind Ausdruck der wachsenden Unruhe unter der Arbeiterschaft, die sich dagegen wehrt, daß die Rationalisierungswelle und die Umstrukturierung bestimmter Wirtschaftszweige an der Ruhr allein zu ihren Lasten geht.

Für den Kohlenbergbau kommen die Versäumnisse der Bundesregierung und der nordrhein-westfälischen Landesregierung hinzu, die es unterlassen haben, durch eine vernünftige Energiepolitik die Existenzgrundlage der Bergarbeiter zu sichern. Es muß die Erregung der Kumpels bis zur Siedehitze steigern, wenn sie nun seit acht Jahren zusehen müssen, wie die Krise im Bergbau ihren mühsam errungenen Lebensstandard ins Wanken bringt und alle „Hilfsmittel“ der Bundesregierung ausschließlich den Zechenunternehmern zugute kommen. In den Geschäftsberichten der Kohlenkonzerne ist zu lesen, daß die Subventionen, die aus Steuermitteln für stillgelegte Kapazitäten bezahlt werden, sich in den Dividenden niederschlagen, ja daß es Zechen gibt, die allein aus den Subventionen für nicht geförderte Kohle Dividenden zahlen.

Es ist zwar an der Ruhr während der Kohlenkrise noch keine Kohlenzeche in Konkurs gegangen, aber Zehntausende von Bergarbeitern haben in ihrem Verlauf die Existenzgrundlage verloren. In der Öffentlichkeit wird von Regierungsseite der Eindruck erweckt, als

lände jeder, der seinen Arbeitsplatz an der Ruhr aufgeben muß, einen entsprechenden neuen; aber das ist nicht einmal halb wahr, denn einerseits verhindern die Zechenunternehmen mit Erfolg die Ansiedlung neuer Industrien an der Ruhr, und zum anderen ist ein Arbeitsplatzwechsel nur jungen Menschen möglich. Die Praxis hat erwiesen, daß Arbeiter und Angestellte, die das 40. Lebensjahr überschritten haben und Gesundheit und Arbeitskraft ihren Zechenherren opferten, kaum einen neuen Arbeitsplatz finden, geschweige denn einen, der ihrem bisherigen sozialen Standard entspricht.

Bundesregierung und nordrhein-westfälische Landesregierung haben an unzähligen Beispielen bewiesen, daß für sie die Belange der Unternehmer vor denen der Lohn- und Gehaltsempfänger rangieren. Ihre Sorge galt allein der Sicherung einer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, die unfähig ist, Stabilität und wirtschaftliche Sicherheit zu garantieren. Die Sorge um die schaffenden Menschen an Rhein und Ruhr hat die Landesregierung ebenso wie der Bundeskanzler Erhard den Arbeitern selbst und ihren Gewerkschaften überlassen.

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen sollte für die Arbeiter und Angestellten eine passende Gelegenheit sein, die von der CDU beherrschte Landesregierung von der politischen Bühne wegzufegen, denn an Rhein und Ruhr geht es nicht mehr um mehr oder weniger Lohnerhöhung, sondern um die soziale Sicherheit, um die Sicherung des Arbeitsplatzes und damit um die Existenz für Millionen Arbeiterfamilien.

Eine Chance wird vertan	2
■ Das Nein wird mißdeutet	4
Reaktionäre Arbeitsgerichtsbarkeit	5
■ Eine Analyse des heutigen Kapitalismus ..	6
Mageres Ergebnis an der Ruhr ..	8
Härtere Tarifbewegungen	10
Kein Grund zum Kurtztreten ...	11
■ IG Bau: Es lief nicht alles wie geplant ...	12
Alleingänge müssen unterbleiben	15
Stiefkind Arbeitsmedizin	16
Erfolg der britischen Seeleute ..	18

Freiheitliches Denken

„Sie brauchen nicht erst im SPIEGEL zu lesen, um zu wissen, daß der selbständige Unternehmer kaum noch Lebensraum findet. Sein Risiko übersteigt meist das Erträgliche.“ So heißt es in der Anzeige einer jener Gesellschaften, die u. a. in Spanien und Portugal Ferienhäuser bauen.

Diese bedauernswerten Unternehmer! Aber sie brauchen keineswegs verzweifeln, denn für sie ist Hilfe da: „Das Zweithaus dort, wo Europa am schönsten ist, bedeutet für den Selbständigen mehr als ein Platz der Erholung. Es ist ein Refugium der Lebensbesinnung und der Sicherheit. Darum sind so viele Selbständige Freunde der ... (wir verschweigen den Namen, von wegen Schleichwerbung), deren Wohnparks Schutzgebiete freiheitlichen Denkens sind.“

Wo aber, so muß man fragen, finden die Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Jahreseinkommen im Durchschnitt nur rund 7000 DM beträgt, Lebensbesinnung und Sicherheit und ihre „Schutzgebiete freiheitlichen Denkens“ in einem Land, das sich anschiekt, das freiheitliche Denken mit Notstandsgesetzen totzuschlagen?!
okolus

Eine Chance wird verfan

Für Begegnungen mit jungen
DDR-Gewerkschaftern

SPD-Parteivorstand konnte sich nicht zu eigener Politik aufraffen

Das gesamtdeutsche Gespräch ist in eine tiefe Krise geraten

Die Vorbereitungen für den Redneraustausch zwischen der SED und der SPD sind in eine Krise geraten. Diese bedauerliche Tatsache wird von der CDU/CSU mit einer fühlbaren Genugtuung registriert. Der CDU/CSU war es von Anfang an ein Stein des Anstoßes, daß die Initiative in der Deutschlandfrage von den beiden Arbeiterparteien ausging, die damit das politische Konzept der Bundesregierung über den Haufen warfen. Der krampfhaft Versuch des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel, mit naiven und unausgereiften „Vorschlägen“ der SPD den Wind aus den Segeln zu nehmen, zeigte ebenso wie die sich einander widersprechenden Erklärungen aus dem Regierungslager zur Deutschlandfrage die völlige Ratlosigkeit jener, deren „Deutschlandpolitik“ darin besteht, jede Politik zu verhindern, die Gesamtdeutschland dient.

Dies also wäre die Stunde der Sozialdemokratischen Partei in der Bundesrepublik, wenn sie sich dazu aufraffen könnte, in der begonnenen Diskussion wirklich neue Wege zu gehen und, um eine Floskel Brandts zu benutzen, sich nicht scheuen würde, die „heiligen Kühe“ aufzuscheuchen.

Aber scheinbar fehlt es dem Parteivorstand an Mut zur Konsequenz, und so erlebt der Bundesbürger das nicht gerade erhebende Schauspiel, daß der Parteivorstand einer Partei, die vor der Übernahme der Regierungsmacht in der Bundesrepublik steht, sich die Erlaubnis für ihre Deutschlandpolitik von der CDU/CSU holt, die als Partei politisch abgewirtschaftet hat.

Das ist der Tatbestand, wenn man ihn nüchtern betrachtet. Darüber täuschen auch alle Versuche der bundesdeutschen Presse nicht hinweg, die Schuld an der gefährlichen Situation, in die das Deutschlandgespräch geraten ist, der SED in die Schuhe zu schieben, die angeblich mit unerfüllbaren Forderungen die Versammlungsaktionen sabotiert.

Was aber hat die Atmosphäre so vergiftet, daß der Versuch, miteinander ins Gespräch zu kommen, zunächst gescheitert ist. Da ist einmal die grenzenlose Überheblichkeit, mit der in der Bundesrepublik jene behandelt werden, mit denen man doch angeblich sprechen will. Sie werden, wie Ulbricht und andere Staatsfunktionäre der DDR, als Verbrecher und Mörder bezeichnet, denen man „freies Geleit“ gnädig gewähren will, wenn sie zu der vorgesehenen gemeinsamen Versammlung nach Hannover kommen wollen, wobei es dann aber auch noch von dem guten oder schlechten Willen des Justizministers abhängt, für wen dieses freie Geleit gelten oder nicht gelten soll.

Man könnte die Frage stellen, was Brandt, Erler oder Wehner dazu sagen würden, wenn sie auf der anderen Seite in einer ähnlichen Weise apostrophiert würden und unter gleichen

entwürdigenden Bedingungen nach Karl-Marx-Stadt — das in der Bundesrepublik mit konstanter Bosheit Chemnitz genannt wird — eingeladen würden. Könnte man auch von den Vertretern der CDU/CSU nichts anderes erwarten, ist es nur zu bedauern, daß auch die SPD sich in gleicher Weise im Ton vergriff.

Was soll überhaupt diese Überheblichkeit? Wenn Willy Brandt auf dem Parteitag der SPD feststellt, daß „auch in der Zone“ viel geleistet wurde, so ist diese Leistung ja zweifellos auch mit den Kommunisten erreicht worden; und wenn man weiter überlegt, daß die DDR Reparationen für die furchtbaren Schäden und Verluste, die die Sowjetunion durch den Hitler-Krieg erlitten hat, bezahlte, während in der Bundesrepublik die Wirtschaft mit amerikanischen Dollars aufgebaut wurde, muß man die Leistung der Kommunisten sogar höher einschätzen als die Verdienste Erhards samt seiner freien Marktwirtschaft.

Es ist unbegreiflich, daß Brandt, Wehner und Erler — doch zweifellos intelligente Politiker — annehmen, man könne nach Karl-Marx-Stadt fahren und die SED-Redner nach Hannover holen, lediglich um den Kommunisten die Leviten zu lesen, und großzügig darauf verzichten, sie als gleichberechtigte Gesprächspartner anzuerkennen.

Das Gerede hier in der Bundesrepublik, man wolle alles tun, um den „Menschen in der Zone“ zu helfen allein aus humanitären Gründen, kann man bald nicht mehr hören oder lesen. Als wenn nicht alle Politik den Menschen dienen muß! Aber es ist zu billig, wenn Regierungsparteien und SPD nur immer auf Kosten der DDR in Menschlichkeit machen wollen, ohne zu überlegen, daß man den Menschen in der DDR auch helfen könnte, wenn man einmal selbst mit dummen und überholten Tabus bricht und auf den arroganten Alleinvertretungsanspruch verzichtet.

Auf dem süddeutschen Jugentag des DGB in Wiesbaden, der kürzlich stattfand, forderten die Vertreter der jungen Gewerkschafter aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar, Bayern und Baden-Württemberg die Aufnahme von Kontakten zu den Jugendlichen in der DDR. Diese Beziehungen dürften nicht allein die Angelegenheit der gewerkschaftlichen Spitzengremien sein. Insbesondere sollen nach dem Willen des DGB-Jugendlages alle Möglichkeiten auf kulturellem und sportlichem Gebiet zur Herstellung und zum Aufbau gegenseitiger Beziehungen mit der DDR-Jugend ausgenutzt werden.

Von der DDR wird verlangt, daß sie politische Vorstellungen um der „Menschlichkeit willen“ aufgibt. Die Politiker in Bonn aber pfeifen auf Erleichterungen für die Bürger in beiden deutschen Teilstaaten und auf die vielzitierte Menschlichkeit, wenn sie dafür auf eingedildete Rechte und irrealen Tabus verzichten sollen. Es gäbe weder Mauer noch „Schießbefehl“, wenn sich die Bundesregierung dazu verstehen würde, die Realität der DDR anzuerkennen, um damit sachliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Teilstaaten zu ermöglichen.

Dabei ist es offensichtlich, daß die Zeit gegen die überholte Politik der Bundesregierung arbeitet. Dafür gibt es in Berlin ein treffendes Beispiel: Nach dem Bau der Mauer hat die Regierung der DDR dem Berliner Senat angeboten, eine Passierscheinstelle für dringende Fälle einzurichten. Mit Entzückung hat damals der Senat diesen Vorschlag abgelehnt. Heute stellt sich der Berliner Senat entrüstet, wenn der Vertreter der DDR-Regierung für die Aufrechterhaltung dieser Stelle, die im Zuge der Passierscheinaktion eingerichtet wurde, politische Zugeständnisse verlangt. Es wird in der Deutschlandpolitik nicht anders werden. Das, was man heute oder gestern schon durch Verhandlungen und politische Vernunft erreichen könnte, wird man später mit einem um so höheren Preis bezahlen müssen.

Scheitert der Redneraustausch als Beginn einer Versäglichung der Beziehungen beider Teile Deutschlands durch politische Arroganz und Überheblichkeit, dann hat der Parteivorstand der SPD eine große Chance verfan. Nimmt er sie aber wahr, erwirbt er sich zugleich politische Verdienste um den Frieden und die Sicherheit in Deutschland und Europa. H. Seeger

Der französische Staatspräsident de Gaulle ist auf seinen Reisen in der Sowjetunion nicht nur von der Bevölkerung herzlich begrüßt worden, er ist auch mit seinen Gastgebern in allen wesentlichen politischen Fragen ins reine gekommen. In der „Moskau-Erklärung“ heißt es dazu, die Gespräche hätten in einer Atmosphäre „größter Herzlichkeit stattgefunden. Übereinstimmung hat es u. a. in der Frage der Oder-Neiße-Grenze gegeben, die von beiden Gesprächspartnern als endgültig angesehen wird, ferner hinsichtlich der Verweigerung von Atomwaffen für die Bundesregierung und der Verurteilung des grausamen Aggressionskrieges der USA gegen das vietnamesische Volk.

Die Bundesregierung und die bundesdeutsche Presse versuchen zwar, den Erfolg der Reise de Gaulles herabzumindern, jedoch gleichzeitig das Auftreten des Generals in Moskau als einen Erfolg für die Bundesregierung und ihre Politik hinzustellen. Aber aus den gequälten Kommentaren wird deutlich, daß das bundesdeutsche Lob für de Gaulles Auftreten in Moskau vor allem der Sorge entspringt, bei aller Enttäuschung nicht noch mehr Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zu wecken, als durch den NATO-Auszug de Gaulles ohnehin sichtbar geworden sind. Bei der Behauptung aber, daß mit der Ablehnung de Gaulles, die Anerkennung der DDR zu akzeptieren, gleichzeitig der „Alleinvertretungsanspruch“ der Bundesregierung von ihm betätigt worden sei, war zweifellos der Wunsch Vater des Gedankens. sr

DATUM DER SCHANDE

Am 22. Juni jährte sich zum 25. Male der Tag, an dem die Hitler-Wehrmacht unter Bruch des Nichtangriffspaktes in die Sowjetunion einfiel. Mit diesem Überfall trat der zweite Weltkrieg in seine entscheidende Phase ein. Es war ein Krieg, der von den Nazis mit beispielloser Brutalität und Härte und entgegen allen völkerrechtlichen Gepflogenheiten geführt wurde. Erst nach der Entscheidungsschlacht in Stalingrad, die die große Wende des zweiten Weltkrieges einleitete und zur Befreiung der von den Nazis besetzten Gebiete führte, erkannte die schauernde Menschheit das Ausmaß der Versklavung und Vernichtung ganzer Bevölkerungsschichten.

Als sich im Mai 1945 sowjetische und amerikanische Truppen an der Elbe vereinigten und im zerstörten und brennenden Berlin der Krieg mit der bedingungslosen Kapitulation der Hitlerarmeen endete, blieb für das deutsche Volk nichts zurück als Not, Elend, Trümmer und Schande, eine furchtbare Verwirklichung des Hitler-Ausspruchs: „Gebt mir vier Jahre Zeit und ihr wer-

det Deutschland nicht wiedererkennen.“

Für die jungen Menschen in der Bundesrepublik ist dieser schaurige Vernichtungskrieg der Nazis bereits Geschichte geworden. Um so notwendiger wird es bleiben, immer wieder an den millionenfachen Tod sinnlos und verbrecherisch geopfter Soldaten und Zivilisten zu erinnern. Aber es muß auch jener gedacht werden, die als Widerstandskämpfer gegen den Hitlerkrieg zu Tausenden ihr Leben opferten, um dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten, und jener Hunderttausender Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Geistlichen und liberalen Bürger, die in die Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gefängnisse verschleppt wurden, und von denen Unzählige grauenvoll zu Tode gemartert wurden.

Die historische Wahrheit gebietet darüber hinaus, ebenfalls nicht die 20 Millionen sowjetischer Männer, Frauen und Kinder zu vergessen, denen die Nazibarbarei das Leben kostete, nicht zu vergessen, daß in dem Hitlerkrieg 1745 Städte und 70 000 Dörfer, 32 000 Industriebetriebe, 84 000 Schulen und 40 000 Hospitäler in der Sowjetunion zerstört wurden.

Diese furchtbaren Zahlen sind eine Verpflichtung, 25 Jahre nach jenem verhängnisvollen Tag des militärischen Überfalls auf die Sowjetunion endlich Schluß mit der Politik des kalten Krieges zu machen und die Bundesregierung zu zwingen, ihre Beziehungen zu allen Völkern, auch zu den Völkern der Sowjetunion und den anderen östlichen Nachbarstaaten, zu normalisieren. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist die eindeutige Verzichtserklärung der Bundesrepublik auf die Revision der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen.

Jedem Bürger unseres Staates sollte klar sein, daß ohne oder gar gegen die Sowjetunion eine Lösung der Lebensfragen unseres Volkes unmöglich ist. Allein von einer Politik, die auf Demokratie und Freiheit im Innern und auf Abrüstung, Atomwaffenverzicht und Freundschaft mit allen Völkern nach außen gerichtet ist, hängt es ab, ob die Bundesrepublik zu einem Faktor der Stabilität und des Fortschritts in einem friedlichen Europa werden kann. V. N.

FRIEDENSKONFERENZ IN GENÈVE

In Genf fand eine Konferenz des Weltfriedensrates statt, auf der Delegierte aus der ganzen Welt sich in eingehenden Diskussionen mit den Problemen der Sicherung des Friedens beschäftigten. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Aussprachen über ein Memo-

randum zur europäischen Sicherheit und die weltweiten Aktionen zur Beendigung des Krieges in Vietnam.

In dem Memorandum zur europäischen Sicherheit heißt es u. a., daß das Problem der europäischen Sicherheit ein untrennbarer Teil der internationalen Sicherheit ist. Gegenwärtig gefährde die Ausweitung des amerikanischen Aggressionskrieges in Vietnam in steigendem Maße den Weltfrieden, weil dieser Krieg das Risiko eines Atomkrieges in sich trage, der die ganze Welt in einen totalen Krieg hineinziehen würde.

Zur Situation Europas wird in dem Memorandum erklärt, daß innerhalb der NATO die Widersprüche und auch die Widerstände über die Nuklearstrategie des Paktes stark anwachsen, nicht zuletzt durch das hartnäckige Drängen der deutschen Bundesregierung auf Teilnahme an der Verfügungsgewalt und dem Mitbesitz am Kernwaffenpotential. Soweit es um das Verhalten der USA geht, heißt es weiter, werden Befürchtungen laut, durch die integrierte Militärstruktur der NATO in Abenteuer der amerikanischen Außenpolitik hineingezogen zu werden. Das Verlangen der deutschen Bundesregierung nach territorialen Veränderungen in Europa wird in zunehmendem Maße als Unruhefaktor in Europa gewertet.

In einer von der DDR-Regierung vorgelegten „Magna Charta der europäischen Sicherheit“ wird zur Verbesserung der allgemeinen Atmosphäre die Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten auf diplomatischer Ebene wie auch auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur vorgeschlagen; ferner wird eine deutsche Friedensregelung gefordert und die Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten als wesentlicher und notwendiger Faktor für die gesamteuropäische Entspannung bezeichnet.

Zum Schluß fordert das Memorandum eine Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit im Interesse des Weltfriedens. In einem Brief an den Präsidenten des UN-Abrüstungsausschusses in Genf hat sich der Weltfriedensrat nachdrücklich für den baldigen Abschluß eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen ausgesprochen und Maßnahmen zur stufenweisen Abrüstung der Atombewaffnung als wesentlich für die Erhaltung des Friedens bezeichnet.

In den Aussprachen wurde wiederholt auf die Rolle der Gewerkschaften und ihre Aufgaben in der Weltfriedensbewegung hingewiesen. Eine Anregung aus der englischen Delegation, eine Friedenskonferenz aller Gewerkschaften Europas einzuberufen, sollte vom Weltfriedensrat ernsthaft erwogen werden. H. S.

Das Nein wird mißdeutet

DGB-„Notstandskommission“ mit nur zwei Gegnern

Die Aktionen gegen Notstandspläne jetzt weiterführen

Seit dem 7. Bundeskongreß des DGB in Berlin ist in der Frage der gewerkschaftlichen Haltung zu den Notstandsplänen der Bundesregierung eine Entwicklung eingetreten, die zu ernststen Besorgnissen Anlaß gibt. Es muß in aller Offenheit gesagt werden: Es besteht die Gefahr, daß die Gegner des Berliner Anti-Notstandsbeschlusses diesen mit Zweckdeutungen unterlaufen.

Als im März — Wochen vor dem 7. DGB-Kongreß — der Bundesausschuß einen Antragsentwurf des geschäftsführenden Bundesvorstandes zur Notstandsgesetzgebung ablehnte, um schließlich dem später angenommenen Entschließungsentwurf der IG Metall den Vorzug zu geben, da hatte man dafür gute Gründe gehabt. Der Entwurf des geschäftsführenden Bundesvorstandes hatte sowohl die Ablehnung der Notstandsgesetze als auch Verhandlungen über deren Inhalt vorgesehen. Das war der Mehrheit im Bundesausschuß als zu weitgehend, als Aufweichung des Beschlusses von Hannover erschienen, und sie verworf darum diese Konzeption.

Jetzt hat der Bundesausschuß auf Betreiben des geschäftsführenden Bundesvorstandes „in Konkretisierung“ des ablehnenden Beschlusses von Berlin einen Beschluß gefaßt, der folgende Formulierung enthält: *„Unter Bezugnahme auf den Wortlaut und Inhalt der Entschließung 16 des 7. Ordentlichen Bundeskongresses zur Notstandsgesetzgebung ist der DGB bereit, bei Aufrechterhaltung seiner Ablehnung sich an Erörterungen einzelner Sachfragen zu beteiligen, um zu versuchen — wo immer möglich — auf vorgelegte Entwürfe Einfluß zu nehmen.“*

Zu diesem Zweck wurde beim DGB-Bundesvorstand eine Kommission gebildet, der folgende Mitglieder angehören: der DGB-Vorsitzende Rosenberg; seine Stellvertreter Tacke und Beermann; der IG Metall-Vorsitzende Brenner; der Vorsitzende der ÖTV, Kluncker; der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Leber; und der Vorsitzende der IG Holz, Vater.

Man muß sich über diese Kommission und noch mehr über ihre Zusammensetzung nur wundern. Obwohl der Kongreßbeschuß gegen die Notstandsverfassung mit klarer Mehrheit gefaßt wurde, finden sich in der Kommission, die angeblich der Realisierung dieses Beschlusses dienen soll, die Anhänger der Leber-Richtung des „bedingten Ja“ in der Mehrzahl. Von den sieben Kommissionsmitgliedern sind eigentlich nur zwei, nämlich Brenner und Vater, eindeutige Gegner der Bonner Notstandspläne. Wie aber soll das Nein der Gewerkschaften von den sogenannten „Ja-Sagern“ glaubhaft vertreten werden?

Die Bildung der Notstandskommission und ihr Auftrag läuft auf genau das hinaus, was der DGB-Bundesausschuß noch im März abgelehnt hatte: über den Inhalt der Gesetze, die ihrem Wesen und ihrer Zielsetzung nach nicht demokratisch sein können, zu verhandeln. Unter „Respektierung“ des Beschlusses der Mehrheit soll jetzt getan werden, womit die Minderheit nicht zum Zuge kam. Beschlossen wurde in Berlin zwar der Antrag Otto Brenners; aber die Aktivitäten in der Düsseldorfer DGB-Zentrale laufen auf die Realisierung des unterlegenen Initiativantrages Georg Lebers hinaus.

Es mag manchem als kleinlicher Streit erscheinen, ob der DGB über die Gesetzespläne „verhandeln“ darf oder nicht. Aber das sieht nur so aus und mag sogar — angesichts der Versicherung, „Wortlaut und Inhalt“ des Berliner Beschlusses respektieren zu wollen — als unbegründetes Mißtrauen aufgefaßt werden. Wenn der DGB-Kongreß mit der Bundesregierung über die Problematik hätte verhandeln wollen, dann hätte er das in seiner Souveränität auch beschlossen.

Wer über den Inhalt der Notstandsgesetze verhandeln will, akzeptiert stillschweigend, daß es solche Gesetze geben darf. Der DGB-Kongreß aber ist nicht gegen diese oder jene Gesetzespassage in den Entwürfen Lückes, sondern er ist gegen das Vorhaben überhaupt. Es kann darum seitens des DGB und der Gewerkschaften immer nur Interventionen und Aktionen gegen den gesamten Gesetzeskomplex geben.

Daß die Dinge in Sachen Notstandsgesetzgebung — trotz tausendfacher Beleuerung der Treue zu Geist und Buchstaben des Berliner Beschlusses — in der Praxis gefährlich in eine andere Richtung laufen, dürfte auch die Äußerung Georg Lebers in dem Interview mit der „Welt der Arbeit“ vom 24. Juni 1966 erkennen lassen. Leber sagte:

„Der Bundesausschuß hat am 13. Juni 1966 einen Vorschlag des Bundesvorstandes angenommen, wonach beim Bundesvorstand des DGB eine Kommission gebildet wird, die den Auftrag hat, sich an Erörterungen einzelner

Sachfragen der Notstandsgesetzgebung zu beteiligen und den Versuch zu unternehmen, auf vorgelegte Entwürfe Einfluß zu nehmen.“ Diese Interpretation des Berliner Beschlusses kommt den Belürwortern des in Berlin gestellten Initiativantrages zur Mitwirkung der Gewerkschaften an einer Notstandsgesetzgebung entgegen.“

Dieser Eindruck ist auch in den gewerkschaftlichen Organisationen verbreitet. Zahlreiche Gremien, so die Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Druck und Papier in Frankfurt/Main, die Jugendkonferenz der Gewerkschaft Holz und andere, haben in den letzten Wochen ihren Unwillen über die Verfälschung der Entscheidung des 7. DGB-Kongresses geäußert. Es stellt sich den Millionen Gewerkschaften in der Bundesrepublik die Frage, wie die Respektierung eines Beschlusses ihres höchsten Organs, wie die Einhaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie gesichert werden kann.

Das dürfte am wirkungsvollsten geschehen, wenn die örtlichen Organisationen der Gewerkschaften und des DGB — ebenso auch im Maßstab der Kreise und Landesbezirke — mit Publikationen und öffentlichen Protest- und Aufklärungsveranstaltungen die Bevölkerung über Inhalt und Gefahren der Notstandsgesetzgebung unterrichten. Gleichzeitig müssen jene Funktionäre, die glauben, den Kongreßbeschuß eigenwillig deuten zu können, auf ihre Verpflichtung gegenüber der Organisation und der Demokratie hingewiesen werden. Den Extratouren von oben müssen demokratische Initiativen von unten entgegengesetzt werden.

Innenminister Lücke hat dieser Tage den Wunsch geäußert, man möge in der Öffentlichkeit bis zur Vorlage der Notstandsgesetze im Bundestag die Diskussion darüber ruhen lassen. Aus diesem Ansinnen kann man ersehen, was die Notstandsinitiatoren zur Zeit am meisten fürchten, was ihnen das Konzept verderben kann: die Weiterführung der Protestbewegung!

Die Gewerkschaften haben mit ihrem Widerstand gegen den geplanten Abbau der demokratischen Grundrechte zwei Innenminister scheitern lassen. Mehr als sechs Jahre bemüht sich die Bundesregierung vergeblich, in dieser Angelegenheit zum Ziel zu kommen. Das erneute Nein der Gewerkschaften zur Notstands- und Notdienstverfassung hat den dritten mit diesem Komplex befaßten Innenminister — Lücke — genötigt, die beabsichtigte Vorlage der Notstandsentswürfe von Juni auf den kommenden Herbst zu verlegen und einen Beratungszeitraum von einhalb bis zwei Jahren ins Auge zu fassen. Aber auch diese Pläne können durchkreuzt werden, wenn die Gewerkschaften jetzt ihre Aktionen forcieren und dabei mit allen demokratischen Kräften zusammenarbeiten.

G.S.

Reaktionäre Arbeitsgerichtsbarkeit

Das Streikrecht wird immer häufiger angetastet

Unternehmer und Staatsmacht gegen Gewerkschaften

Die Gewerkschafter verfolgen mit zunehmender Sorge den offensichtlichen Rechtstrend in der bundesdeutschen Arbeitsgerichtsbarkeit. Die gerichtliche Abwürgung des Holzarbeiterstreiks an der Saar hat der Unruhe neue Nahrung gegeben und den Umwandlungsprozeß der Arbeitsgerichte von ursprünglichen Organen zum Schutz der Arbeitnehmer in Instrumente gegen die Arbeitnehmer bestältigt. Der DGB kann diese Entwicklung nicht untätig mit ansehen.

In einigen Betrieben der Holzverarbeitenden Industrie im Raum Saarbrücken und Neunkirchen hatte die Gewerkschaft Holz am 13. Juni einen Streik eingeleitet, um die Bildung einer Urlaubskasse für gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer durchzusetzen. Darüber hinaus forderten die Holzarbeiter die Verlängerung des Jahresurlaubs auf 24 Tage und eine stufenweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden.

Die Unternehmer schalteten daraufhin die Arbeitsgerichte Saarbrückens und Neunkirchens ein, die einstweilige Verfügungen gegen die Gewerkschaft erließen. Darin wurde den Holzarbeitern untersagt, den Streik weiterzuführen. Die Unternehmer argumentierten, der Streik sei verfassungswidrig, da er Verbesserungen nur für Organisierte erreichen solle.

Wie schon bei früheren Anlässen, haben auch jetzt wieder die Arbeitsgerichte darauf verzichtet, vor Erlaß der einstweiligen Verfügungen die Gewerkschaft anzuhören. Ihnen genügt die Argumente der Unternehmer.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich Arbeitgeber und Teile des Staatsapparates gegen Gewerkschafter und ihre Organisation verbünden. Es ist vielmehr kein Fall bekannt, daß im Konflikt, wie bei einem Streik, die staatliche Macht, sofern sie tätig wurde, auf die Seite der Arbeitnehmer getreten ist.

Wem sich hierzulande die Polizei zu Diensten verpflichtet fühlt, zeigt sich am Beispiel des bestreikten Betriebes der Renitex in Niederlosheim/Saar. Dort wurde die Polizei für den Versuch mißbraucht, Busse mit Streikbrechern in den Betrieb einzuschleusen. Als sich die Streikposten vor die Fahrzeuge warfen, setzte die Betriebsleitung die Werksfeuerwehr mit Spritzen gegen die Streikposten ein. Als die Werksfeuerwehr den kürzeren zog, schlug die Polizei mit Knüppeln auf die Streikenden ein.

Es sei in diesem Zusammenhang an jene Arbeitsgerichtsurteile erinnert, die in den letzten Jahren, ebenso wie jetzt die einstweiligen Verfügungen von Saarbrücken und Neunkirchen, die Empörung der Gewerkschafter hervorriefen:

■ die einstweilige Verfügung gegen die Gewerkschaft Textil-Bekleidung, mit der ihr im vergangenen Jahr vom Arbeitsgericht Düsseldorf untersagt wurde, Streiks zur Bildung von Urlaubskassen zu führen, aus denen Sonderzahlungen an Gewerkschaftsmitglieder geleistet werden sollen;

■ das Urteil des Arbeitsgerichts Düsseldorf, welches die bereits abgeschlossenen Haustarifverträge mit Vereinbarungen über derartige Urlaubskassen annullierte und die Gewerkschaft Textil zur Zahlung von Schadenersatz an die bestreikten Firmen verpflichtete;

■ die im vergangenen Jahr erlassene einstweilige Verfügung gegen die IG Metall, mit der das Arbeitsgericht in Bretten der Gewerkschaft eine Protestkundgebung gegen die willkürliche und fristlose Entlassung von 700 Arbeitern der Firma Junker und Ruh verbot;

■ die gerichtliche Untersagung von Urabstimmung und Streik bei den Kölner Ford-Werken im Jahre 1964 durch das Arbeitsgericht Köln;

■ die Verurteilung der Gewerkschaft Leder zur Schadensersatzleistung für einen Streik in den Fränkischen Schuhfabriken Nürnberg durch das dortige Arbeitsgericht im Jahre 1963.

■ und schließlich die Verurteilung der IG Metall vor über 10 Jahren zur Zahlung von Schadenersatz für den berühmten schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik, womit diese Serie arbeitsgerichtlicher Eingriffe in die Tarifhoheit begann.

Man wird angesichts dieser Praktiken an den Arbeitsgerichten geradezu auf die Frage gestoßen, was alles erst passieren wird, wenn es den Bonner Parteien gelingen sollte, die Notstandsgesetzgebung zu verabschieden! Der 7. Bundeskongreß des DGB hat im Mai in einem Beschluß folgende Feststellungen getroffen, an die es sich in diesem Zusammenhang zu erinnern gilt:

„Mit Sorge beobachten die Gewerkschaften die zunehmende Tendenz der Gerichte, besonders der Arbeitsgerichte, in der sozialen Auseinandersetzung Entscheidungen zugunsten der Arbeitgeber zu treffen. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitsrechtsprechung sich in zunehmendem Maße von der sozialen Wirklichkeit entfernt und

ihrem ursprünglichen Auftrag untreu wird, dem Schutz des sozial Schwächeren zu dienen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und allen Versuchen, die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit zu behindern, entschieden entgegenwirken.“

Es ist jetzt an der Zeit, geeignete Schritte zu tun. Wichtig wird sein, die Arbeitnehmer über den wahren Klassencharakter unserer gesellschaftlichen Ordnung aufzuklären. Denn angesichts der wiederholten gemeinsamen Aktionen von Unternehmern und Staatsorganen gegen die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften das romantische Bild einer „klassenlosen Gesellschaft“ unangetastet zu lassen, kann für die Gewerkschaften zu einer gefährlichen Desorientierung führen. —ert

Den Feinden der Demokratie keine Chance!

Zu einer eindrucksvollen politischen Demonstration gestaltete sich die Kundgebung der 20 000 Gewerkschafter, die am 17. Juni gegen den Parteitag der rechtsradikalen NPD in Karlsruhe von den Gewerkschaften Baden-Württembergs veranstaltet wurde. In zahlreichen Transparenten gaben die Teilnehmer ihre Empörung gegen das Wiederaufleben der nationalsozialistischen Organisationen Ausdruck. Die Gewerkschafter wollen „den Feinden der Demokratie keine Chance“ geben und warnten vor einem zweiten 1933.

Der DGB-Landesvorsitzende, Eugen Loderer erklärte in seiner Rede, daß der DGB zu dieser Kundgebung gegen den Rechtsradikalismus aufgerufen habe, um klarzumachen, daß die deutschen Gewerkschaften es nicht zulassen werden, die freiheitlich-demokratische Ordnung durch nationalistische Extremisten noch einmal zerstören zu lassen. Wörtlich sagte er: „Wir klagen die Alten an, die Unverbesserlichen, die mit politischen Hirngespinnsten versuchen, wieder einer jungen Generation die Köpfe zu verdrehen, kaum daß über die Gräber der Jugend Gras gewachsen ist, die das Opfer nationalsozialistischer Großmannssucht wurde.“

Der Verlauf des NPD-Parteitages in Karlsruhe bewies, daß das Transparent der Gewerkschafter Recht hatte, das warnte: „NDP — alles vergessen und nichts hinzugeleert.“ Der ganze Parteitag war nichts anderes als ein Wiederkäuen nazistischer Gedankengutes und antigewerkschaftlicher Hetze. Die kümmerlichen Versuche, „in Demokratie zu machen“, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Parteitag ein Treffpunkt ehemaliger Nazischulungsleiter, Gauleiter und Altparteigenossen war und alle Ursache besteht, energisch mit diesem nationalsozialistischen Spuk ein Ende zu machen. eg

Eine Analyse des heutigen Kapitalismus

Wissenschaftliche Konferenz der NACHRICHTEN

Debatte über Standort und Aufgaben der Arbeitnehmer

In Frankfurt am Main fand am 11. Juni 1966 eine Konferenz statt, auf der — zum ersten Male in dieser Art — marxistische Gesellschaftstheoretiker aus der Bundesrepublik, der DDR, Dänemark, Frankreich und Österreich Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen der Bewegungsformen des modernen Kapitalismus fanden. Veranstalter war Heinz Seeger, der Herausgeber des gewerkschaftspolitischen Informationsdienstes NACHRICHTEN.

Die Konferenz verfolgte nach den Worten Heinz Seegers den Zweck, einen Beitrag zu einer möglichst zutreffenden Analyse des Wirtschaft- und Gesellschaftssystems in der Bundesrepublik zu leisten. Zur Vorbereitung der Aussprache war im Verlag NACHRICHTEN die Broschüre „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“ erschienen, mit Arbeiten von Heinz Seeger und den DDR-Wissenschaftlern Dr. Hemberger, Prof. Dr. Maier, Dr. Petrak, Prof. Dr. Reinhold und Dr. Schwank. Es handelt sich bei diesen Wissenschaftlern um das Autoren-Team des unlängst in Ost-Berlin erschienenen Buches „Imperialismus heute“, das in Ost und West starke Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Broschüre „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“, die zum Preise von 3,— DM im Verlag NACHRICHTEN zu beziehen ist, enthält die Thesen zu diesem Buch.

Auf der Grundlage dieser Thesen vollzog sich auf der Frankfurter Konferenz die Diskussion, wobei von den Teilnehmern aus dem theoretischen und praktischen Arbeitsbereich die Tatsache begrüßt wurde, daß vier Mitglieder des Autoren-Teams von „Imperialismus heute“ — Dr. Hemberger, Prof. Dr. Maier, Prof. Dr. Reinhold und Dr. Schwank — in Frankfurt anwesend waren, ihre Thesen präsentierte und sich der Diskussion stellten.

In einem niveaureichen, sachlichen Disput wurden von den Teilnehmern der wissenschaftlichen Konferenz die neuen Existenzbedingungen des Kapitalismus in der Bundesrepublik und ihre Wirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, insbesondere auf das Verhalten des Staatsapparates und seine Manager, beleuchtet. Prof. Dr. Reinhold, Direktor des Ostberliner Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts, vertrat dabei die von den Diskussionsprechern unterstützte Auffassung, wonach der kapitalistische Staat heute ein eigener ökonomischer Faktor ist, ohne dessen Wirken der Ablauf der Volkswirtschaft nicht mehr denkbar sei. Die offensichtliche Verquickung der Interessen von Staat und Monopolen trete immer deutlicher zutage.

Als besonders wertvoll und notwendig wurde die Analyse der Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus für die politische Orientierung der Arbeiterschaft, für die Arbeit und Aufgaben-

stellung der Gewerkschaften empfunden. Erst nach Sichtbarmachung der gesellschaftlichen Klassen und ihrer zum Teil unüberwindbar gegensätzlichen Interessen und Standpunkte, nach der Beleuchtung der Rolle des Staatsapparates sowie der Wechselbeziehungen zwischen den Mächtigen in der Wirtschaft und dem Staat konnten von den politischen und sozialen Organisationen der Arbeiterklasse die richtigen Forderungen und Zielgebungen fixiert werden.

In diesem Zusammenhang spielten die Forderungen nach demokratischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft, nach Demokratisierung aller Lebensbereiche, spielte die Frage nach der Macht im Staate — wer sie besitzt und in wessen Interesse sie funktioniert — eine hauptsächliche Rolle. Die Konferenzteilnehmer stellten in den wesentlichen Fragen — trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen in den Wertungen und zum Terminus — Übereinstimmung fest.

Es darf ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Frankfurter Konferenz der NACHRICHTEN ein aussagekräftiger Beitrag zu der Diskussion um eine gültige wissenschaftliche Wertung der heutigen spätkapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik und die Standortbestimmung der Arbeitnehmer und vor allem der Gewerkschaften war. Dabei muß ausdrücklich den Gästen aus der DDR eine objektive Kenntnis der westdeutschen Problematik sowie das moralische und sachliche Mitspracherecht bei diesem Suchen bescheinigt werden.

Es ist beabsichtigt, zum gegebenen Zeitpunkt ein gedrucktes Protokoll von der Frankfurter Konferenz im Verlag NACHRICHTEN herauszubringen.

Nachstehend bringen wir aus den Diskussionsbeiträgen kurze Auszüge:

Heinz Seeger, Friedrichshafen

Dieser Tage hat der bekannte Philosoph Jaspers — einst ein Mann jenseits der Bundesrepublik seit ihrer Gründung herrschen; heute einer ihrer schärfsten Kritiker — konstatiert, daß die drohende Notstandsgesetzgebung und alle Dinge, die damit zusammenhängen, ein Instrument sind, das geschaffen wurde, um in einem

verhängnisvollen Augenblick durch einen einzigen Akt die Diktatur zu errichten, das Grundgesetz abzuschaffen und einen nicht mehr rückgängig zu machenden Zustand der politischen Unfreiheit herbeizuführen.

Ich glaube, daß das eine sehr treffende Feststellung der Situation ist, die bei uns eintrifft, wenn es uns nicht gelingt, das drohende Notstandsgesetz und die Änderung unserer Verfassung abzuwenden. Es ist durchaus bemerkenswert, daß die Regierung bei ihrem Drängen nach Entdemokratisierung tatkräftig unterstützt wird von den Unternehmerverbänden und den großen Konzernen, die ja nach den Worten eines ihrer Sprecher, des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelsklages, eine Regierung verlangen, die Ordnung schaffen, Autorität herstellen und eine langfristige Entscheidungsfreiheit über die gesellschaftliche Verteilung des Sozialproduktes gewinnen soll.

Vielleicht ist die Bemerkung, daß die Konzerne und die Monopole die Regierung in dem Bemühen, die Freiheit einzuschränken, unterstützen, gar nicht ganz richtig; es wäre richtiger, von einer Unterstützung der Regierung gegenüber den Forderungen der Monopole und Konzerne zu sprechen, davon zu sprechen, daß die Staatsbürokratie bei uns zu einem Erfüllungsgehilfen der Monopolkapitalisten degradiert ist.

Es ist auch die Frage zu beantworten, ob das Streben nach Notstandsgesetzen, nach autoritären Herrschaftsformen der sogenannten formierten Gesellschaft Launen einzelner Politiker und Konzernherren entspringt oder ihrem schlechten Charakter; oder aber ob ihre Politik resultiert aus der Gesellschaftsstruktur, in der — um mit den Worten des DGB-Grundsatzprogramms zu sprechen — die alten Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt sind. Die gesellschaftspolitische Wirklichkeit der Bundesrepublik wird unverkennbar dadurch charakterisiert, daß der Staatsapparat in zunehmendem Maße in das Wirtschaftssystem eingreift und daß diese staatlichen Interventionen nicht nur laufend und direkt geschehen, sondern im Wesentlichen zu Gunsten der Industrie- und Bankenmonopole.

Prof. Dr. Reinhold, Berlin (Ost)

Eine neue Existenzbedingung des Kapitalismus ist offensichtlich die Tatsache, daß sich in allen entwickelten imperialistischen Ländern eine technische Revolution vollzieht, aus der viele neue Maßnahmen sowohl für die Entwicklung der Wirtschaft als auch für die Entwicklung anderer gesellschaftlicher Prozesse erwachsen ...

Die erste Schlußfolgerung, die wir aus der Analyse dieser neuen Existenzbedingungen ableiten, ist die These, daß der imperialistische Staat heute zu einem eigenen ökonomischen Faktor geworden ist, ohne den der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß, ohne den der Ablauf der Volkswirtschaft nicht mehr vor sich gehen kann. Daraus ergibt sich die damit zusammenhängende Tatsache, daß die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates sich außerordentlich beschleunigt hat und wir hier in der Verquickung der Monopole mit dem Staat eine neue Stufe erreicht haben.

Die zweite Schlußfolgerung, die wir daraus ziehen, ist, daß sich aus dieser Verquickung der Macht der Monopole mit dem Staat auch die Tatsache ergibt, daß die Entwicklung einzelner Konzerngruppen, ihre ökonomische Macht und ihr Profil immer mehr davon abhängen, wie sie diesen Staat, seine Institutionen und seine Politik direkt beherrschen. Wir sehen ein solches Wechselverhältnis, daß der Einfluß der Konzerne und Monopole auf den Staat und seine Politik natürlich begründet ist in der ökonomischen Macht dieser Monopole. Aber unter den neuen Bedingungen haben wir heute immer stärker auch das Umgekehrte: die Wechselwirkung, daß die Macht einer Monopolgruppe immer stärker dadurch bestimmt wird, wie direkt, wie unmittelbar sie den Staat, seine Institutionen und seine Politik beherrscht.

Die dritte Schlußfolgerung, auf die ich hinweisen möchte, und die für die praktische Arbeit eine große Rolle spielt, lautet: Unter den neuen Bedingungen gewinnt die Frage, wer den Staat beherrscht, wer seine Politik bestimmt, immer größere entscheidende Bedeutung für die Arbeiterbewegung bereits im Rahmen des Kapitalismus. So ist diese Frage, wer den Staat be-

herstelt, wer seine Politik bestimmt, das Problem einer echten Demokratie.

Schließlich ergibt sich die vierte Hauptthese, daß unter diesen neuen Bedingungen der Kampf um Demokratie, um echten demokratischen Einfluß auf eine komplexere Frage geworden ist, die sowohl in der Politik als auch auf dem Gebiet der Wirtschaft gelöst werden muß ...

Zusammenfassend zu diesem Problem möchte ich unterstreichen, daß wir Marxisten selbstverständlich vom Sieg des Sozialismus fest überzeugt sind. Viele Probleme, die mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus von heute zusammenhängen, sind im Grunde eine Bestätigung dieser Notwendigkeit. Aber zugleich sind wir Marxisten keine Wunschdenker. Wir gehen von der gesellschaftspolitischen Situation aus, die heute im modernen Kapitalismus existiert. Und deshalb glauben wir aus den neuen Bedingungen ableiten zu müssen, daß zwischen diesem staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie wir ihn kennzeichnen, und dem Kampf um den Sozialismus notwendigerweise eine Lücke liegt, die wir etwa als eine antimonopolistische Demokratie bezeichnen würden. Das Wesentliche müßte darin bestehen, daß – ausgehend vom Grundgesetz – solche demokratischen Veränderungen vollzogen werden, die der Mehrheit der Gesellschaft, den Arbeitern, Angestellten, Wissenschaftlern, Bauern usw. einen echten entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse sichern.

Wir halten die Klarheit über diese Frage für außerordentlich wichtig, weil sich ja daraus unmittelbar die Frage ergibt, welche nächsten Aufgaben, welche Verbündeten, welche Erfordernisse müssen an dieses Ringen, an diese Lücke gestellt werden? Deshalb glauben wir, daß die Klarheit darüber von größter Bedeutung ist ...

Unter den neuen Bedingungen des Kapitalismus ergibt sich daher für Arbeiter, Angestellte, Wissenschaftler und alle nichtmonopolistischen Kräfte die Frage, wie ein echter demokratischer Einfluß auf die Gestaltung der Politik erreicht werden kann, wie diese zentrale Frage der Arbeiterbewegung von heute gelöst werden kann. Besonders für Arbeiter und Angestellte wird das Ringen um Demokratie zu einer Schlüsselfrage. Deshalb glauben wir – das ist eine unserer Thesen – daß unter diesen Bedingungen die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit, die Verbindung von unmittelbaren ökonomischen und sozialen Forderungen mit den Forderungen und mit dem Ringen um Einfluß auf die Politik des Staates, die Sicherstellung des Einflusses der Arbeiter und der anderen nichtmonopolistischen Schichten, eine Gesetzmäßigkeit des heutigen Kapitalismus ist.

Prof. Dr. Prager, Wien

Es hat nach 1945, als Reaktion auf Forderungen der Arbeiterklasse, in einer Reihe von Ländern Westeuropas Verstaatlichungsmaßnahmen gegeben. Es gab Regierungserklärungen, die in Aussicht gestellt haben, daß die Vollbeschäftigung oder ein hoher Beschäftigungsgrad zumindest gesichert wird, daß der Arbeitsplatz gesichert wird, daß soziale Sicherheit gegeben wird.

Selbst in Westdeutschland, das sich in einer ungünstigen Ausgangsposition befunden hat, wo sich besonders die Arbeiterklasse in dieser ungünstigen Position befunden hat, kam es bekanntlich an einigen Punkten zu Verstaatlichungsbeschlüssen, die allerdings infolge des Vetos der westlichen Alliierten nicht durchgeführt wurden. Das gab es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und in Berlin und war Ausdruck der Forderung der Arbeiterklasse, daß in Zukunft die oligopolistische Oberschicht nicht mehr mit einer solchen Machtfülle ausgestattet sein darf, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

Ich möchte behaupten, daß dieser Druck der Arbeiterklasse in Verbindung mit der Systemkonkurrenz die Oberschicht und ihre politischen Exponenten gezwungen hat, eine Flucht nach vorn anzutreten und eine Politik der Expansion und des Wirtschaftswachstums einzuschlagen. Daß sie das mit beachtlichem Erfolg gelingen haben, das wissen wir ja alle.

Mir scheint in den Thesen der Druck der Arbeiterklasse von innen zu kurz zu kommen. Es klingt ein gewisser Ton an, daß es jetzt an der Zeit wäre, wenn die Arbeiterklasse, insbesondere in Westdeutschland, jetzt dieses und jenes in An-

griff nehmen würde. Ich möchte aber doch sagen, mir scheint, sowohl die Arbeiterklasse in Westdeutschland nicht sehr zu Wort gekommen ist, daß sie natürlich durch ihre Präsenz, durch ihren Druck, durch die Lohnkämpfe, die sie geführt hat, durch die Forderungen, die sie angemeldet hat, doch sehr wesentlich die ganze Entwicklung beeinflußt hat. Sie muß also nicht bei einem Nullpunkt beginnen, sondern kann bereits von gewissen Erfahrungen und Erfolgen ausgehen. Es gilt also, das, was jetzt schon an Bemühungen und Erfolgen da ist, einzubetten in ein Gesamtkonzept einer demokratischen Alternative, demokratischer Strukturformen usw., die münden in die Forderung auf eine Umorientierung zu einer demokratischen Gesellschaft.

Helmut Schauer, Vorsitzender des SDS

Es zeigt sich bei uns infolge der besonders veränderten außenwirtschaftlichen und finanzpolitischen Lage der Bundesrepublik die Tendenz zu stärkerer Programmierung, zu einer Programmierung allerdings, die darauf hinausläuft, die Gewerkschaften an die Programme der Großindustrie und der Monopole zu binden. Mir scheint daher, daß es gerade jetzt darauf ankommt, im Zusammenhang mit der Diskussion der Notstandsgesetze, die ja Teil dieser Politik und dieses Programms sind, politische Alternative zu entwickeln, die diese Tendenz sichtbar und klar machen.

Es ist dabei erforderlich, daß diese Alternativen genau bestimmen. Ich halte es für gefährlich, in diesem Zusammenhang nur von „echter Demokratie“ und anderen verschlungenen Dingen zu reden. Es ist wichtig, diese Alternativen bewußt so zu bestimmen, daß sie die Arbeiterbewegung und ihre Vertretung politisch aus diesem System herauslösen und sich ihm entgegensetzen. Es kommt darauf an, die Positionen, die in der Tat der Arbeiterklasse auf Grund der Veränderungen der Produktionsbedingungen zugesprochen wurden, als Kampfpositionen gegen das System zu benutzen.

Jacques Kahn, Paris

Unserer Meinung nach kann der staatsmonopolistische Kapitalismus im Rahmen seiner eigenen Grenzen und entsprechend den Umständen unterschiedliche Politik zulassen; er kann jedoch nicht aus seinen eigenen Grenzen heraus: Auf dem Gebiet der Zentralisierung des Kapitals, der Produktion und des gesellschaftlichen Mehrprodukts, auf dem Gebiet der Erweiterung des Staatsbesitzes, der staatlichen Finanzierung der Produktion, auf dem Gebiet der Planifizierung und anderer möglicher Formen des staatlichen Eindringens stößt sich der staatsmonopolistische Kapitalismus von Natur aus an den Grenzen des monopolistischen Profites und am ökonomischen Wesen des Imperialismus.

Er kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das heißt, die Basen des kapitalistischen Systems und der Macht der Monopolbourgeoisie nicht in Frage stellen. Er ist also auf Grund seiner eigenen Natur unfähig, sich stufenweise von selbst in Sozialismus umzuwandeln. Das ist auch die objektive Basis für die Weigerung der Arbeiterbewegung, sich in die Organismen der staatsmonopolistischen Ordnung einzubeziehen zu lassen. Der Staatsmonopolismus verstärkt gleichzeitig die monopolistische Hegemonie über die Gesellschaft und intensiviert die Entwicklung der materiellen Basen zum Übergang zur antimonopolistischen Demokratie und zum Sozialismus.

Prof. Dr. Maier, Berlin (Ost)

Als Ökonomen interessiert uns ganz besonders, was bedeutet dann Demokratie in der Wirtschaft, eine demokratische Alternative? Zweifellos ist die erste Frage, die sich hier in der Mitbestimmung verkörpert, daß überhaupt Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen durch entsprechende Gremien haben in die Hand bekommen, um auf wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

Aber bei dieser Diskussion um die Mitbestimmung taucht ja die Frage auf, was sie für einen

Inhalt haben soll. Es müssen vor allem andere gesellschaftliche Prozesse, ökonomische Prozesse in Gang kommen, und die Vermögensströme müssen anders fließen als es jetzt der Fall ist, zugunsten anderer Interessen.

Wir haben einmal einen Versuch gemacht, ein Modell zu entwickeln, wie denn die Entwicklung in der Bundesrepublik aussehen könnte, wenn man z. B. das jetzige Zurückbleiben der Löhne hinter der Profitentwicklung korrigiert und einfach einmal unterstellt, daß die Löhne gleich schnell wie die Profite wachsen. Dabei käme heraus, daß die Löhne etwa um 10 Prozent pro Jahr wachsen müßten.

Die zweite Voraussetzung ist, daß die Mittel, die jetzt für den Rüstungshaushalt aufgewendet werden, auf den Stand von 1960 zurückgeführt werden müßten und daß die freiwerdenden Mittel in die Infrastruktur fließen. Wenn die Löhne in dem genannten Umfang steigen, müssen keineswegs, wie die Unternehmer behaupten, die Investitionsquoten geringer werden, denn die Sparquoten haben bei Lohnsteigerungen die Tendenz zu steigen. Hier würde also eine neue Investitionsquelle entstehen.

Was bei allem herauskommt, ist eine Beschränkung der Profile zugunsten öffentlicher Investitionen und eine andere Verwendung der Haushaltsmittel.

Karl Otto, Bielefeld

Die Unternehmer haben ein ganz natürliches Interesse an der Profitmacherei und die Gewerkschaften haben ein ganz natürliches Interesse daran, die Privilegien in der Gesellschaft aufzuheben. Wenn wir jetzt davon ausgehen, daß ein Privileg prinzipiell etwas Undemokratisches ist, dann kann man daraus schließen, daß das Sonderinteresse von Interessenverbänden, wie den Unternehmerverbänden, ein antidemokratisches Interesse ist. Denn dieses Sonderinteresse ist darauf gerichtet, Privilegien zu konservieren und auszubauen.

Umgekehrt ist das Interesse der Gewerkschaften darauf gerichtet, die Privilegien abzubauen. Das heißt, in der Gewerkschaftspolitik kommt da ein demokratisches Prinzip zum Ausdruck, ein Wille, dem demokratischen Prinzip überhaupt Geltung zu verschaffen. Hier kann also nicht mehr von Sonderinteressen im allgemeinen die Rede sein. Vielmehr handelt es sich um allgemein-demokratische Interessen.

Die Gewerkschaften müssen darum den Willen haben, Einfluß und Macht in der Gesellschaft auszubauen, damit sie die Situation von Privilegien beseitigen, ändern können. Dieser Wille, diese Notwendigkeit muß gefördert werden, und man sollte ihr nicht entgegenreten.

Wieder Besuch aus der Tschechoslowakei

Nach dem Besuch einer Delegation der tschechoslowakischen Gewerkschaft der Staatsbeamten im März traf Ende Juni eine Abordnung der Gewerkschaft Gesundheitswesen der CSSR in der Bundesrepublik ein. Sie folgte einer Einladung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, deren Vorsitzender, Heinz Kluncker, vor einiger Zeit die Tschechoslowakei besucht hatte. Der Vorsitzende der tschechoslowakischen Gewerkschaft des Gesundheitswesens, Jaroslav Kolar, regte vor der Presse an, dem Austausch von Spitzenfunktionären den gegenseitigen Besuch von Arbeitnehmergruppen zu Erholungs- und Informationsreisen folgen zu lassen.

Mageres Ergebnis an der Ruhr

Aber erst Streikdrohung brachte Zechen zum Einlenken

Bergarbeiterfunktionäre stimmten gegen Tarifkompromiß

Die in Bochum stattgefundene Ruhrrevier-Konferenz, an der 3000 Funktionäre der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie teilnahmen, darunter die Streikleitungen sowie die Betriebsratsvorsitzenden, hat nach leidenschaftlicher Debatte den vom Hauptvorstand empfohlenen Kompromiß zum Tarifabkommen mit großer Mehrheit abgelehnt. Inzwischen hat der Hauptvorstand dennoch seine Zustimmung erteilt.

Zwar bezeichnete der Hauptvorstand der IGBE selbst das ausgehandelte Resultat als unbefriedigend, aber angesichts der krisenhaften Lage im Bergbau empfahl er den Funktionären den Kompromiß einstimmig zur Annahme. Gleichzeitig wurden die für die Reviere Aachen und Ibbenbüren anberaumten Urabstimmungen ausgesetzt. Zur gleichen Zeit stimmten die Bergarbeiter an der Saar mit 84 Prozent für einen Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Nach der vom Hauptvorstand nicht erwarteten Ablehnung des Vergleichsvorschlages erklärte der Vorsitzende Arendt, daß die Rechte und Pflichten des Hauptvorstandes durch die Entscheidung der Funktionärskonferenz nicht berührt und das Abkommen trotzdem unterschrieben würde. Inzwischen hat das auch geschehen. Lohnpolitisch hat sich folgende Lage ergeben:

Die Bergarbeiter an der Ruhr hatten eine Lohnforderung gestellt, die den Kaufkraftverlust infolge der Preissteigerungen ausgleichen sollte. Dieser Kaufkraftverlust wurde zunächst mit 4 Prozent angegeben, jedoch schrieb die „Welt der Arbeit“ am 24. Juni dazu, daß der Preisindex der Lebenshaltungskosten in Nordrhein-Westfalen innerhalb eines Jahres um nicht weniger als 5 Prozent angestiegen sei. Und wörtlich: „Wollen die Bergarbeiter nicht unter die Räder kommen, brauchen sie für diesen Kaufkraftverlust einen Ausgleich.“

Man kann davon ausgehen, daß die letzte Lohnerhöhung vom 1. Januar 1965 in der Höhe von 7 Prozent durch den Kaufkraftschwund völlig kompensiert worden ist und weiter die in dem neuen Vertrag vereinbarte 4prozentige Lohnerhöhung für die folgenden zwei Jahre — denn so lange ist die Laufzeit des Vertrages — nicht einmal den zu erwartenden Preiserhöhungen entspricht, ganz zu schweigen von einer Erhöhung des Reallohnes.

Die lange Laufzeit des Lohntarifes hat nicht mit Unrecht den besonderen Zorn der Bergarbeiter hervorgerufen, und sie war auch auf der Funktionärskonferenz der Hauptangriffspunkt. Stand die Lohnbewegung unter dem Motto: Der Bergmann darf nicht ärmer werden, so ist offensichtlich, daß durch

die völlig unzureichende 4prozentige Lohnerhöhung der Bergmann auf jeden Fall ärmer werden wird, ganz besonders deshalb, weil ihm für die nächsten zwei Jahre tarifpolitisch die Hände gebunden werden.

Eine weitere Forderung der Bergarbeiter war die schon seit vier Jahren überfällige Sonderregelung für einige spezielle Lohngruppen. Die Bergbauunternehmer hatten sich bisher geweigert, dieser Forderung nachzukommen, obwohl sie deren Berechtigung nicht bestritten. Auf dem 8. Gewerkschaftskongreß der IGBE wurde für diese Lohngruppenkorrektur eine 2prozentige Erhöhung gefordert. Der neue Tarifvertrag sieht nur 1 Prozent Erhöhung vor.

Weiter verlangten die Bergarbeiter eine sogenannte vermögenswirksame Aufbesserung, die als Treueprämie bezeichnet wurde. Ihre Höhe war mit 3 Prozent angegeben. Diese Forderung ist in dem neuen Vertrag nicht berücksichtigt worden.

Schließlich forderten die Bergarbeiter die Abschaffung der elf Nachholschichten im Jahre. Es ist einmalig in der Bundesrepublik, daß die Bergleute verpflichtet sind, die auf Werktag fallenden Feiertage an Samstagen nachzuholen. Nach dem neuen Lohn-tarifvertrag sollen bis Ende 1968 nur sechs Schichten abgeschafft werden. Die Forderung der Bergarbeiter nach Annullierung aller elf Schichten würde gleichzeitig zum Fortfall eines großen Teils der Feierschichten führen.

Die Bundesregierung hatte der IGBE in der Energie-debatte am 16. März 1966 zugebilligt, durch eine Senkung der Umsatzsteuer von 4 auf 1 Prozent den

Unternehmern einen finanziellen Ausgleich für die Nachholschichten zu gewähren. Von dieser Steuersenkung hätten aber nur die Handelszechen, d. h. die konzernfreien Zechen profitiert, da ja die Zechen der Stahlindustrie für ihre Werkslieferungen keine Umsatzsteuer zahlen. Das Angebot auf Herabsetzung der Umsatzsteuer ist vornehmlich von den Konzernherren der Stahlindustrie hintertrieben worden. Dafür wurden den Bergleuten unbezahlte Feierschichten aufgezungen, die nach der Landtagswahl am 10. Juli, darüber gibt es keinen Zweifel, in einem erschreckenden Maße ansteigen werden.

Zwar hat der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Meyers, in einem Brief an die Bergarbeitergewerkschaft versprochen, die bisherigen Feierschichten nach der Regelung von 1959 den Bergarbeitern zu erstatten, aber auf der Funktionärskonferenz wurde dieser Brief als ein leeres Versprechen vor der Wahl bezeichnet, auf das man sich nicht verlassen könne.

Die Funktionärsversammlung war erfüllt von großer Leidenschaft, aber auch von Entschiedenheit. Selten ist im Bergbau ein Streik mit gleicher Sorgfalt vorbereitet worden wie diesmal. In der Vorbereitungszeit hatte Walter Arendt in mehreren Versammlungen erklärt, daß der Hauptvorstand — dem vom außerordentlichen Gewerkschaftstag alle Vollmacht für diesen Lohnkampf übertragen worden war — keinen Schritt von den Forderungen der Bergarbeiter abgehen werde. Der Widerspruch zwischen den Erwartungen und dem Kompromiß war daher besonders enttäuschend.

Die Tatsache, daß der Hauptvorstand trotz der Ablehnung durch die Funktionärskonferenz den unzulänglichen Vergleich unterschrieben und damit rechtskräftig gemacht hat, kann zu einer schweren Vertrauenskrise in der IGBE führen. Das angeschlagnete Vertrauen der Bergarbeiter zu ihrer Organisation wieder aufzurichten muß dann eine der wichtigsten Aufgaben der Funktionäre sein. Wird die Gewerkschaft der Bergarbeiter in dieser bedrängten Situation auch noch geschwächt, dann haben die Kumpel doppelt verloren. Es ist nicht deutlich zu erkennen, daß selbst der jetzt gegen den Wunsch und Willen der Funktionäre vom Hauptvorstand akzeptierte Kompromiß das Resultat der Streikdrohung der Bergarbeiter ist, wenn gleich auch die Lohnaufbesserung nicht von den Unternehmern, sondern vom Staat, also von den Steuerzahlern, finanziert wird.

Die Bergbauunternehmen forderten eine unbefristete Tarifpause; das ist durch die Entschiedenheit der Bergarbeiter zunichte gemacht worden. Mit einer schwachen Gewerkschaft jedoch würden die Kumpel der Willkür der Kohlenkönige ausgeliefert sein.

Alfred Stein

Welt-Stahlkapazität

Die Kapazität aller Stahlwerke in der Welt betrug 1965 rund 592 Millionen Tonnen. Davon befanden sich in Nordamerika und Westeuropa je 28 Prozent, während die UdSSR einschließlich der osteuropäischen Länder über 24 Prozent verfügte. Der Anteil Japans betrug acht Prozent und der Chinas knapp sechs Prozent.

Fast zehn Wochen nach Ablauf des alten Tarifvertrages, in der siebten Verhandlung, und nach Einschaltung eines Spitzengesprächs konnte in der eisenschaffenden Industrie die Tarifbewegung zu Ende geführt werden. Ein altes Sprichwort sagt: Was lange währt, wird endlich gut. Trifft das auch in diesem Falle zu?

Das von der Großen Tarifkommission der IG Metall in Nordrhein-Westfalen mit Mehrheit gebilligte Abkommen läuft bis zum 31. Januar 1967 und sieht keine Lohn- und Gehaltserhöhungen vor. Statt dessen wird ab 1. Juli dieses Jahres die Arbeitszeit um zwei Stunden auf 40 Wochenstunden verkürzt, womit diese leidige Frage zur Zufriedenheit der Eisen- und Stahlwerker gelöst werden konnte. Für die Arbeitszeitverkürzung wird ein Lohnausgleich von 5 Prozent gezahlt.

Darüber hinaus wird eine Anhebung des tariflichen Ecklohnes von 2,92 DM auf 3,60 DM wirksam. Das ist ein beachtlicher Sprung näher an den Effektivlohn. Der IG Metall ist es damit gelungen, einen erheblichen Teil des übertariflichen Entgelts abzusichern und die weit klaffende Schere zwischen Tariflohn und Effektivlohn weiter zusammenzudrücken.

Und als dritte Regelung ist der zum erstenmal tarifierte begrenzte Rationalisierungsschutz für die Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie hervorzuheben. Wenn künftig ein Arbeiter wegen Rationalisierungsmaßnahmen auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz versetzt werden muß, ist ihm für sechs Monate die Entlohnung in alter Höhe sicher, sofern er mindestens ein Jahr im Betrieb ist. Danach darf der Lohn nur jeden Monat um 10 Pfennig Stundenlohn auf das neue Niveau zurückgeführt werden.

Zweifelloos wäre es unsinnig, von einem Mißerfolg der IG Metall oder gar einem Erfolg der Unternehmer zu reden. Ebenso ungerechtfertigt ist es aber auch, diesen Abschluß — angesichts der faktischen Lohnpause inmitten hektischer Preissteigerungen — zu bejubeln. Die Fragestellung lautet, bei voller Würdigung des Erreichten, vielmehr so, ob es nicht auch möglich gewesen wäre, wenigstens eine Lohn- und Gehaltserhöhung im Umfang des Kaufkraftverlustes seit dem Tarifabschluß im Frühjahr 1965 durchzusetzen.

Gewiß, in den Eisen- und Stahlwerken war während dieser Tarifbewegung von einer Kampfstimmung nicht viel zu spüren. Nicht zuletzt stehen die Stahlwerker unter der ständigen Drohung des Arbeitsplatzverlustes. Aber hat nicht auch die Gewerkschaft versagt, indem sie es unterließ, die Beschäftigten der eisenschaffenden Industrie rechtzeitig auf die Tarifrunde vorzubereiten?

-an

Einigung im öffentlichen Dienst

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Tarifparteien im öffentlichen Dienst wurde am 21. Juni Einigung über neue Lohn- und Gehaltstarifverträge erzielt. Danach werden rückwirkend ab 1. April 1966 die Grundvergütungen für Angestellte und die Ecklöhne für Arbeiter um 6 Prozent und ab 1. Oktober 1966 um weitere 2 Prozent erhöht. Die neuen Tarifverträge haben eine Laufzeit von 15 Monaten. Nach diesem Muster werden auch die Einkommen der Arbeiter und Angestellten bei Bundespost und Bundesbahn aufgebessert.

Keine Beruhigung der inflationären Entwicklung

In dem neuesten Bericht der Bundesbank zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik wird die Preissteigerung als der weiterhin neuralgische Punkt bezeichnet. So erhöhten sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres die industriellen Erzeugerpreise um 1,3 Prozent, doppelt so stark wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise lagen um 4,5 Prozent höher.

Der Verbraucher mußte im April 1966 bereits um 1,6 Prozent mehr zahlen als im Dezember 1965. Auf den Jahresdurchschnitt umgerechnet entspricht das einer Preissteigerung von 4,8 Prozent. Tatsächlich lagen die Lebenshaltungskosten im April 1966 um 4,5 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Dabei ist von Interesse, daß die größten Steigerungen im Bereich der Dienstleistungen (Bahn- und Posttarife) und der Mieten zu suchen sind. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug der Preisauftrieb 3 bzw. 6,2 Prozent!

Vermutlich werden in nächster Zeit die Strompreise allgemein heraufgesetzt. Eine entsprechende Andeutung hat die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke in ihrem Jahresbericht 1965 gemacht, der jetzt erschienen ist.

„Wohlstand“ auf Raten

Der jetzt veröffentlichte Jahresbericht des „Wirtschaftsverbandes Teilzahlungsbanken e. V.“ zerstört das Märchen von den wohlhabenden Bundesbürgern, die im Überfluß leben. Wie aus dem Bericht hervorgeht, haben die Teilzahlungsbanken im vergangenen Jahr ihre Umsätze um 3,5 Prozent oder 169 Millionen steigern können gegenüber nur 60 Millionen DM 1964. Insgesamt setzten die Teilzahlungsinstitute 5 Milliarden DM um. Davon entfielen 1,5 Milliarden auf die Finanzierung von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern mit ausschließlich gewerblichem Verwendungszweck. Aber

3,5 Milliarden DM oder 72 Prozent wurden dagegen für die Finanzierung von Konsumgütern aller Art umgesetzt.

Interessant ist auch die Aufschlüsselung der Kredite für Konsumgüter. An der Spitze stand im vergangenen Jahr die Finanzierung von Personenkraftwagen und Motorrädern, die kräftig um 38 Prozent gestiegen ist. Daraus geht hervor, daß das Geld bei den Arbeitnehmern, aber auch bei vielen Gewerbetreibenden, durchaus nicht so locker sitzt. Erstaunlich ist, daß an zweiter Stelle bereits die „Stotterkredite“ für Bekleidung und textilen Hausrat stehen. Der nächstgrößere Posten ist die Finanzierung von Möbeln, die um 30 Prozent stieg. Auch Dienstleistungen, wie z. B. Urlaubsreisen, wurden um 28 Prozent mehr auf Teilzahlungsbasis finanziert.

Weniger Brot für mehr Geld

Aus einer Mitteilung des Ernährungsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen geht hervor, daß in der Bundesrepublik für immer weniger Brot immer mehr gezahlt werden muß. Der Brotverbrauch ist seit 1950 um mehr als 40 Prozent zurückgegangen. Damals wurden im Durchschnitt 70 kg Grau-, Roggen- und Mischbrot pro Person verzehrt, und dafür mußten 34,08 DM, das heißt 0,48 DM je kg, bezahlt werden. 1964 war der Verbrauch gleicher Brotsorten auf durchschnittlich 43 kg abgesunken, der Preis dafür aber auf 46 DM — das entspricht einem Kilo-Preis von 1,06 DM — angestiegen. Die Preissteigerung beträgt 121 Prozent. Der Preisanstieg für Weißbrot und Brötchen in der gleichen Zeit betrug sogar 138 Prozent.

Beschäftigungsrückgang bei Eisen und Stahl

Die IG Metall in Düsseldorf hat Zahlen zur Beschäftigungslage in der Eisen- und Stahlindustrie veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß in der Zeit von 1960 bis 1965 zwar die Rohstahlproduktion der Bundesrepublik von 34,1 auf 36,8 Millionen Tonnen anstieg, gleichzeitig aber die Zahl der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie von 345 396 auf 314 799, das heißt um rund neun Prozent, zurückging. Mit 10,4 Prozent war der Rückgang der beschäftigten Arbeiter in den Gesenkschmieden am stärksten. Der hohe Rückgang der Belegschaftszahlen setzte für die eisenschaffende Industrie in der zweiten Hälfte des Jahres 1965 ein und hielt auch im ersten Quartal 1966 weiter an. In dieser Zeit verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um fast 1000 Arbeiter pro Monat.

Tariffbewegungen werden härter

Eine bemerkenswerte Bilanz des ersten Halbjahres 1966

Die Gewerkschaften werden Konsequenzen ziehen müssen

Das erste Halbjahr 1966 hat in der Tarifpolitik einige bemerkenswerte Vorgänge aufzuweisen, die auf einen härteren Kurs von Bundesregierung und Unternehmerschaft gegen die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften schließen lassen. Während Kanzler Erhard wiederholt zwei Stunden Mehrarbeit forderte und im Saargebiet die Unternehmer gerichtlich gegen Streikende vorgehen, konnte in mehreren Wirtschaftszweigen die Tarifbewegung wegen der starren Unternehmerhaltung nicht termingemäß abgeschlossen werden. Offensichtlich ist die Zeit der relativ leichten tarifpolitischen Erfolge vorbei.

Im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und Bundespost herrschte der tariflose Zustand für rund 1,3 Millionen Beschäftigte fast drei Monate, bevor es zu einer Einigung mit dem staatlichen Arbeitgeber kam. Zum ersten Male mußte die IG Metall die Tarifbewegung in der eisenschaffenden Industrie mit einem faktischen Lohnstopp von sieben Monaten für Arbeiter abschließen. Auch in mehreren Tarifbezirken der Bekleidungsindustrie und in der Versicherungswirtschaft herrscht, zum Teil schon seit Monaten, tarifloser Zustand. In der Holzverarbeitenden Industrie weigern sich die Unternehmer seit langem, einen neuen Manteltarifvertrag zu besseren Bedingungen abzuschließen. Und nicht zuletzt im Steinkohlenbergbau mußten erst rund acht Wochen vergehen, bevor es unter Androhung schärfster Kampfmaßnahmen zu einer Einigung über eine minimale Einkommensaufbesserung kam.

Diese auffallend verstelfte Haltung der Unternehmer dürfte jedoch nicht so sehr auf konjunkturelle Abflachungserscheinungen als vielmehr auf die moralische Unterstützung zurückzuführen sein, die ihnen täglich von den Mitgliedern des Bundeskabinetts zuteil wird. Aber auch die vermeintlich erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung um die Notstandsverfassung dürften diese deutlich anti-gewerkschaftliche Welle begünstigt haben.

Immer stärker wird in die Öffentlichkeit eine Meinung lanciert, die den Streik als außerhalb von Recht und Gesetz stehend klassifiziert. Der Mißbrauch von Arbeitsgerichten gegen das Streikrecht, wie jetzt wieder in Saarbrücken, bestätigt den antidemokratischen Zug, der sich in Unternehmerverbänden und Staatsorganen immer deutlicher abzeichnet. Die scharfen Attacken Erhards gegen Arbeitszeitverkürzungen zeichnen das Bild einer Klassengesellschaft mit dem klasseungebundenen Staatsapparat in grellen Farben.

Der DGB und seine Gewerkschaften haben alle Ursache, auf der Basis einer breiten Skala der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beschlüs-

se des 7. DGB-Kongresses aktiv zu werden, um diesen reaktionären Trend zu stoppen. Es gilt, dem Bemühen von Regierung und Unternehmerschaft entgegenzutreten, die teilweise Verlangsamung des Wirtschaftswachstums für einen schärferen sozialreaktionären Kurs auszunutzen. Nach wie vor sind die wirtschaftlichen Auftriebskräfte, Produktivitätsentwicklung, Auftrags- und Umsatzlage ausreichend, um die Arbeitnehmer mittels einer aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik daran teilhaben zu lassen.

Die aktive Lohnpolitik ist auch schon darum notwendig, weil im vergangenen Jahr der volkswirtschaftliche Produktivitätszuwachs ausschließlich von den Unternehmern und der öffentlichen Hand einkassiert wurde. Die durchgesetzten Lohn- und Gehaltserhöhungen haben im wesentlichen nur die gestiegenen Preise kompensieren können.

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen vom Januar 1965 bis Januar 1966 die Kosten für die Lebenshaltung um 4,3 Prozent. Die Bruttowochenverdienste erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 6,2 Prozent, wovon ein beachtlicher Teil durch die Lohnsteuerprogression der Staatskasse zufließt. Im besten Falle wurde also nur der Reallohn gehalten. Für Millionen Arbeitnehmer waren Überstunden erforderlich, um im Lebensstandard nicht abzusinken. So betrug im Januar 1966 die Zahl der geleisteten Überstunden in der gesamten Industrie pro Beschäftigten durchschnittlich 3,1 Stunden in der Woche.

In einzelnen Zweigen der Wirtschaft, so beispielsweise in der Eisen- und Stahlindustrie, ist ein absoluter Rückgang der Reallohne eingetreten. Die Löhne lagen im Januar 1966 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nur um 2,9 Prozent höher und blieben damit hinter den gestiegenen Preisen zurück.

Noch eine andere tarifpolitische Erscheinung wird als Folge der härteren Unternehmerhaltung augenscheinlicher: Die zum Teil erhebliche Diskrepanz zwischen Tarif- und Effektivlohn wächst seit einiger Zeit nicht mehr im gleichen Umfang wie in den vergange-

nen Jahren. Die Schere ist sogar in verschiedenen Wirtschaftsbranchen zum Stillstand gekommen oder beginnt sich bereits zu schließen. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß immer häufiger Tarifloohnerhöhungen oder Teile davon auf den Effektivlohn angerechnet werden.

Bemerkenswert sind auch die Verschiebungen in der Spitzengruppe der Lohnskala. Während noch 1965 dem graphischen Gewerbe als Spitzenreiter der Steinkohlenbergbau und die eisenschaffende Industrie folgten, sieht jetzt das Bild ganz anders aus: Nach wie vor liegt das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe mit einem durchschnittlichen Bruttowochenlohn von 244 DM an der Spitze; es folgen die chemische Industrie mit 226 DM, die Mineralölverarbeitung mit 224 DM, der Schiffsbau mit 222 DM und die Eisen- und Stahlindustrie mit 216 DM wöchentlich. Diesen Berechnungen liegen 6,5 Überstunden in der Woche zugrunde. Weit abgeschlagen ist der Steinkohlenbergbau. Nach weiteren sechs Wirtschaftszweigen folgt er mit 209 DM erst an zwölfter Stelle der Lohnskala.

Während die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung, die weiterhin stark expandieren, in der Lohnhöhe die Plätze von Steinkohlenbergbau und eisenschaffender Industrie eingenommen haben, macht die Lohnskala deutlich, in welchem Ausmaß vor allem die Bergarbeiter die Folgen der sogenannten Kohlenkrise zu tragen haben. Nach dem unbefriedigenden Abschluß in der eisenschaffenden Industrie dürfte es auch sehr fraglich sein, ob die Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie den fünften Platz noch länger behaupten können.

Die ersten sechs Monate dieses Jahres haben eine spürbare Erschwerung des Kampfes um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer gebracht. Die Periode, in der die Tarifbewegungen verhältnismäßig glatt über die Bühne gingen, geht zu Ende. Die übertarifliche Bezahlung wird lange nicht mehr so unkompliziert gehandhabt wie früher. Die westdeutschen Unternehmer glauben offenbar, gemeinsam mit dem Staat jetzt einen Abschnitt härtester sozialer und politischer Reaktion einleiten zu können.

Darauf müssen sich die Gewerkschaften einstellen. Das heißt aber, die Mitglieder entsprechend aufzuklären und vorzubereiten. Sehr wahrscheinlich wurde das tarifpolitische Ergebnis in der Eisen- und Stahlindustrie besser ausgefallen, hätte man bereits nach dieser Erkenntnis gehandelt. Die Arbeitnehmer müssen in Zukunft, mehr als in der Vergangenheit, unmittelbar für die sozialen Forderungen mobilisiert und grundsätzlich auf mögliche Kraftproben vorbereitet werden. Nur so kann es gelingen, die kommenden härteren Zeiten zu meistern.

K. Kilian

Kein Grund zum Kurtreten

Zur wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Aktive Lohnpolitik zur Konjunkturbelebung einsetzen

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist zur Zeit Gegenstand aufmerksamer Beobachtungen. In mehreren Industriezweigen ist die Auftragsentwicklung schleppend. Die Konjunktur flacht merklich ab. Während die Erhöhung des Diskontsatzes in der Vergangenheit ausnahmslos ein Mittel zur Dämpfung der Konjunktur war, wurde es jetzt inmitten der sowieso rückläufigen Konjunktur eingesetzt. Gleichzeitig verlangt Bundeskanzler Erhard Mehrarbeit und spricht er vom „Rande des Abgrunds“, an dem wir angeblich stehen, wenn die Arbeitnehmer seiner Aufforderung nicht nachkommen.

Indessen — es wird nichts so heiß gegessen wie gekocht. Wie immer, muß man auch in diesem Falle den Zweckpessimismus von Regierung und Unternehmerschaft beiseite lassen, die jede Gelegenheit zu nutzen wissen, um die Gewerkschaften von berechtigten Forderungen abzubringen. Übrig bleibt die Tatsache, daß die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate in diesem Jahre vermutlich nicht so hoch ausfallen wird wie 1965, als sie noch über 6 Prozent ausmachte. Von einer Stagnation oder gar einem Rückgang kann jedoch nicht die Rede sein.

Auffallend ist, daß die Abschwächung der industriellen Entwicklung nicht mehr im gewohnten Rhythmus vor sich geht. Gab es diese krisenhaften Erscheinungen nach 1945 in den Jahren 1952/53, 1957/58 und 1962/63, also in Abständen von rund fünf Jahren, so machen sie sich jetzt bereits wieder nach drei Jahren bemerkbar. Das bedeutet eine Verkürzung des Zyklus und weist darauf hin, daß wohl auch die Zeit der überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten vorbei ist, der internationale Konkurrenzkampf härter wird und die Widersprüche der kapitalistischen Produktion eine weitere Zuspitzung erfahren haben.

Der neueste Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums, der Mitte Juni veröffentlicht wurde und sich auf den Monat April bezieht, bestätigt diese Erscheinungen. Danach stieg die industrielle Produktion im April 1966 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nur mäßig, um 3,9 Prozent; die arbeitstägliche Leistung wuchs jedoch um 7 Prozent, worin die neuen Erfolge von Rationalisierung und Automation zum Ausdruck kommen. Die Investitionsgüterindustrie, die im vierten Quartal 1965 eine rückläufige Tendenz aufwies, verzeichnete im ersten Quartal 1966 wieder einen leichten Anstieg von 2,8 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit.

Die im ersten Quartal besonders expansive Bauindustrie (plus 16 Prozent) konnte ihre Leistung im April gegenüber dem Vorjahresmonat nur noch

um 4,8 Prozent steigern. Die Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrie weiteten ihre Produktion um 4,5 bzw. 5,6 Prozent aus.

Auf Grund hoher ausländischer Bestellungen, die noch das Niveau der Lieferungen übertrafen, stiegen die Exporte im April gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 11,6 Prozent. Die Wareneinfuhr übertraf das entsprechende Vorjahresniveau um 5,8 Prozent.

Negativ entwickelte sich dagegen die Inlandsnachfrage. Hier trat in wichtigen Zweigen ein absoluter Rückgang ein, womit die These der Gewerkschaften erhärtet wurde, daß eine spürbare Einkommensverbesserung der Arbeitnehmer wesentlich zur Abstützung der Konjunktur beitragen würde.

Während die Verbrauchsgüterindustrie im April noch um 4,5 Prozent höhere Inlandsbestellungen als im gleichen Vorjahresmonat verbuchen konnte, ging bei der Investitionsgüterindustrie in der gleichen Zeit die Inlandsnachfrage um 4,5 Prozent zurück. Auch im Grundstoffbereich lagen die Aufträge um 3,9 Prozent niedriger. Bei der Industrie insgesamt (einschließlich der chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung, die weiterhin stark expandieren) bewegte sich der Auftragseingang aus dem Inland auf einem gegenüber April 1965 um 2 Prozent verminderten Niveau. Besonders

Rüstungsindustrie mit 5000 Prozent Gewinn

Das Verteidigungsministerium hat seit seinem Bestehen rund 281 000 Verträge über den Kauf von Waffenmaterial im Werte von 49 Milliarden DM abgeschlossen. Der SPD-Abgeordnete Wiemand warf dem Ministerium während der kürzlichen Debatte um den Verteidigungshaushalt mangelnde Ökonomie vor. Er behauptete, die Industrie habe bis zu 5000 Prozent bei Verkäufen an die Bundeswehr verdient.

spürbar ist der Auftragsrückgang (— 9,5 Prozent) im Maschinenbau.

Der Wirtschaftsbericht spricht auch von der „gedämpften Investitionsneigung“. Von der Finanzierungsseite her seien die Investitionsbedingungen eher ungünstiger geworden. Aber auch der Grad der Kapazitätsausnutzung und die Absatzerwartungen schaffen kaum neue Investitionsanreize. Ausgehend von dieser Lage hat das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften die neuesten Drosselungsmaßnahmen der Bundesbank kritisiert und die Befürchtung ausgesprochen, daß noch vor der Herbstsaison die Depression eintreten müsse, wenn die gegenwärtige restriktive Politik weiterverfolgt werde.

Daß sich die Bundesregierung zu dem unpopulären Schritt der weiteren Kreditverteuerung durch die Heraufsetzung des Diskontsatzes inmitten einer Konjunkturerholung entschließen mußte, erklärt die Lage am Kapitalmarkt. Dieser ist so gut wie leergelegt. Die Anspannung des Kapitalmarktes, die nicht zuletzt auch auf die Ausgabepolitik der öffentlichen Hand zurückgeht, hat in der Vergangenheit wesentlich zur Beschleunigung des Preisauftriebs beigetragen. Es muß sich jedoch erst noch erweisen, ob die Heraufsetzung des Diskontsatzes auch tatsächlich im gewünschten Ausmaß zur neuerlichen Kapitalsammlung und vor allem zur Preisberuhigung führt. Es sieht nicht danach aus.

Die Bundesregierung sieht sich zur Zeit in einer mißlichen Lage: Setzt sie — wie geschehen — den Diskont herauf, um die Kreditnehmer und die Preisbewegung zu mäßigen, so dämpft sie zwangsläufig auch die sowieso schon rückläufige Konjunktur und vergrößert die Unternehmers Lockert sie aber die restriktiven Maßnahmen, um die Wirtschaftstätigkeit zu beleben, so fördert sie zwangsläufig die inflationistische Tendenz und zieht sich den Zorn der Verbraucher zu. Aus diesem Teufelskreis kapitalistischer Wirtschaftsweise gibt es kaum ein Ausbrechen.

Für die Gewerkschaften gilt es, aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation die Erkenntnis abzuleiten, daß sie keinen Anlaß bietet, um von irgendwelchen Forderungen Abstand zu nehmen. Wie die genannten Zahlen beweisen, handelt es sich bei jenen Erscheinungen, die den Kanzler vom „Rande des Abgrunds“ reden lassen, um ein leichtes Abklingen der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte, die nach wie vor wirksam sind und das wirtschaftliche Geschehen prägen. Die Gewerkschaften können also unbeirrt eine aktive Lohnpolitik mit angemessenen Forderungen betreiben. Es liegt sogar im Interesse einer konjunkturellen Wiederbelebung, wenn für die Arbeiter, Angestellten und Beamten spürbare Einkommensverbesserungen, wenn nötig durch Kampf, realisiert werden.

Dr. T.

Es lief nicht alles wie geplant

Georg Leber hatte in Bremen keinen leichten Stand

Abwehrender Notstandsbeschluss der IG Bau-Steine-Erden

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden vom 20. bis 25. Juni 1966 in Bremen stand erwartungsgemäß im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses die Frage, wie die Delegierten über die Notstandsgesetzgebung entscheiden würden. Der wiedergewählte Gewerkschaftsvorsitzende Georg Leber selbst hatte nach dem 7. DGB-Kongreß diesen Gesichtspunkt durch seine Äußerung hochgespielt, er werde auf dem Bremer Gewerkschaftstag eine andere Entscheidung herbeiführen. Dabei betonte Leber, die Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden stünden einmütig hinter ihrem Vorstand. Der Ablauf des Gewerkschaftstages hat dagegen eine beachtliche Stimmung der Unzufriedenheit mit dem politischen Kurs des IG-Bau-Vorsitzenden Georg Leber zutage gefördert.

Der Gewerkschaftstag hat, das sei vorweg festgestellt, eine Reihe begrüßenswerter Beschlüsse gefaßt und hat damit der vorherrschenden Stimmung in der Mitgliedschaft Ausdruck gegeben. So forderten die Delegierten die Bundesregierung einmütig auf, einen eigenen Abrüstungsbeitrag zu leisten und auf die Mitverfügung über atomare Waffen zu verzichten. Sie lehnten jede Hilfeleistung der Bundesrepublik im Vietnam-Krieg ab. Deutsche Bauarbeiter sollen, nach einem weiteren Beschluß, nicht in militärische Spannungsbereiche entsandt und das Wahlalter soll von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt werden.

Einmütig bekannte sich der Gewerkschaftstag auch zu der Forderung des DGB-Aktionsprogramms nach Ausweitung der Mitbestimmung. Georg Leber hatte diese Frage in seinem Grundsatzreferat mit keinem Wort erwähnt. Später, in einer Pressekonferenz, erklärte er dazu, daß sie für seine Gewerkschaft nicht vordringlich sei. Die IG Bau-Steine-Erden sei kein „Fahnenträger der Mitbestimmung“. Scharfe Kritik übten die Delegierten in einem Beschluß auch an der Preispolitik der Bundesregierung.

Bei der Notstandsproblematik wurde der Gewerkschaftstag jedoch den Erfordernissen der Zeit nicht gerecht. Gegen etwa 30 Prozent der Stimmen beschlossen die Delegierten die vom Hauptvorstand eingebrachte Initiativentschließung Nr. 1. Darin wird der Hauptvorstand der Gewerkschaft aufgefordert, „sich gegenüber Parlament und Regierung für die Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer in ihrem Zuständigkeitsbereich einzusetzen“, wenn es zur Beratung und Verabschiedung von Notstandsgesetzen kommt. Von der Ablehnung derartiger Gesetze wird überhaupt nicht gesprochen.

Die große Kluft, die dennoch in dieser Frage zwischen dem Gewerkschaftsvorstand und den Mitgliedern herrscht, kam in der Diskussion zum Ausdruck. Von zwölf Diskussionsrednern sprachen sich acht gegen den Initiativantrag des Hauptvorstandes aus. Die vier Befürworter kamen allesamt aus dem haupt-

amtlichen Apparat. Dieser Gewerkschaftstag zerstörte die Legende von der Gewerkschaft, die einmütig ihrem Vorsitzenden folgt. In Wahrheit war es wohl auch nie so gewesen.

Es ist indessen wichtig, zu wissen, unter welchen Bedingungen die von dem Berliner DGB-Beschluß abweichende Entschließung zur Notstandsverfassung in Bremen zustande kam:

Als die mehr als 330 Delegierten am 20. Juni ihre Plätze einnahmen, gab es zehn Anträge, die sich alle gegen die Notstandsgesetzgebung und eine Mitwirkung daran aussprachen. Sie waren von verschiedenen Organisationen der IG Bau-Steine-Erden eingebracht worden. Erst auf dem Gewerkschaftstag selbst setzte der Hauptvorstand einen Entschließungsentwurf in Umlauf, der dann als Initiativentschließung Nr. 1 in das Kongreßmaterial aufgenommen wurde. Am zweiten Konferenztag versuchte die Kongreßleitung, nachdem die Antragskommission die Ablehnung der zehn Anti-Notstandsanträge empfohlen hatte, so nebenher sechs Minuten vor Tagungsschluß über den Initiativantrag abstimmen zu lassen.

Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Die Delegierten verlangten eine ordentliche Debatte. Diese fand zu Beginn des dritten Konferenztages statt. Während der Diskussion teilte der Delegierte Hensel mit, daß er einen Initiativantrag in zwei Exemplaren in Umlauf gesetzt habe. Nachdem der Initiativantrag von etwa 20 Delegierten unterzeichnet worden war, seien beide Exemplare „an einer bestimmten Stelle dieses Saales“ spurlos verschwunden. In diesem Antrag hatte es geheißen:

„Der Gewerkschaftstag stellt fest, daß der Beschluß, den der DGB-Kongreß in Berlin nach eingehender Beratung in der Frage der Notstandsgesetzgebung gefaßt hat, auch für die Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden bindend ist ...“

Und noch ein Trick wurde angewandt, um unliebsame Überraschungen zu vermeiden. In der Entschließung zur Notstandsgesetzgebung wird mit keinem Wort für eine solche Gesetzgebung plädiert, wie das von Georg Leber noch auf dem 6. DGB-Kongreß und auch auf dem 7. Kongreß geschehen war. Es

werden keine Sachargumente für eine Notstandsgesetzgebung mehr angeführt, sondern die ganze „Argumentation“ bewegt sich im verfahrenstechnischen Raum.

Aber auch die Befürworter des auf dem Gewerkschaftstag beschlossenen Antrages sind durchaus nicht alle als Befürworter der Notstandsgesetzgebung anzusprechen. Ihnen wurde vom Sprecher der Antragskommission in der Begründung des Initiativantrages u. a. folgendes gesagt:

„Der DGB-Bundesausschuß hat in Auslegung der Beschlüsse von Berlin am 13. 6. 1966 einen Beschluß gefaßt, der an sich unserem Initiativantrag Nr. 10 vom Bundeskongreß in Berlin Rechnung trägt — wenn er nicht sogar noch

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Referat Georg Lebers bringen wir im August-Heft

darüber hinaus geht. Wir freuen uns, daß unserer Vorstellung insofern Rechnung getragen wurde ... Unter Berücksichtigung all dieser Punkte scheint uns der Initiativantrag I 1 den Gegebenheiten am besten zu entsprechen. Der Initiativantrag I 1 deckt sich inhaltlich mit dem Beschluß des Bundesausschusses vom 13. 6. 1966.“

Im Hauptteil des Gewerkschaftstages, der sozial- und bildungspolitische Fragen umfaßte, beschäftigten sich die Delegierten ausführlich mit der jetzigen unzureichenden Schlechtwetterregelung. In zahlreichen Anträgen wurde die Anhebung des Schlechtwettergeldes von zur Zeit 45 auf 60 bis 75 Prozent des Durchschnittslohnes gefordert. Außerdem wurde angeregt, die Schlechtwettergeldregelung auf das ganze Jahr auszudehnen. Die Anträge zu diesem Komplex wurden dem Hauptvorstand als Material überwiesen. In weiteren Entschließungen forderte der Gewerkschaftstag: Die Fortführung der Vermögensbildungspolitik, die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, die Durchführung einer sozial fortschrittlichen Krankenversicherungsreform ohne jegliche Kostenbeteiligung der Arbeitnehmer, Maßnahmen gegen die Bodenspekulation usw. Die Lohnpolitik soll sich auch in Zukunft an gesamtwirtschaftlichen Daten orientieren.

Nach einem einstimmigen Beschluß des Gewerkschaftstages soll künftig angestrebt werden, die Stiftung Berufshilfe so auszubauen, daß auch die Kinder verstorbener Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden ein Stipendium erhalten können, wenn sie es wünschen. Gegen-

wärtig bekommen nur die Kinder tödlich verunglückter Bauarbeiter Stipendien.

Man muß zu diesem Gewerkschaftstag bemerken, daß er sich — mit Ausnahme in der Notstandsfrage — in bezug auf wesentliche politische und soziale Probleme im Sinne der gewerkschaftlichen Solidarität im DGB entschieden hat. Dabei ist zu betonen, daß diese Entscheidungen, wie zur Atomrüstung, zum Vietnamkrieg und zur Mitbestimmung, nicht das ausgesprochene Wohlwollen des ersten Vorsitzenden genießen. Der Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden hat bewiesen, daß die solidarischen Kräfte auch in dieser Gewerkschaft den wesentlichsten Faktor darstellen. H./Sb.

Beschlüsse

Gegen Atomrüstung

Der Gewerkschaftstag verurteilt den Rüstungswettlauf in der Welt und das Streben der Mächte nach Atomwaffen. Er fordert die deutsche Bundesregierung auf, folgende Vorschläge zum Grundsatz ihrer Politik zu machen:

1. Die Bundesregierung verzichtet auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen.
2. Die Bundesrepublik unterbreitet eigene Abrüstungsvorschläge und unterstützt die Bemühungen zur Herabsetzung der Rüstungsausgaben.
3. Die Bundesrepublik wird aufgefordert, alle Bestrebungen zu unterstützen, die das Ziel haben, die vorhandenen Atomwaffenbestände in der Welt zu vernichten, um damit eine Entspannung herbeizuführen.

Keine Hilfe im Vietnam-Krieg

Die Auseinandersetzungen in Vietnam haben ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Das deutsche Volk weiß, welche Not und welches Elend ein Krieg für die Bevölkerung mit sich bringt.

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages wenden sich mit Entschiedenheit gegen jede militärische Beteiligung der Bundesrepublik.

Stabilisierung des Preisniveaus

Der Gewerkschaftstag stellt fest, daß die ständige Steigerung der Lebenshaltungskosten sehr besorgniserregend ist. Das größte aktuelle Problem unserer Wirtschaftspolitik ist nicht, wie nach Bundeskanzler Erhard, „die überspitzten Forderungen der Arbeitnehmer“, sondern die seit Jahren ständig steigenden Preise, die in letzter Zeit, besonders nach den Wahlen, beschleunigt zunehmen.

Die Vertreterversammlung fordert, daß die gesamte Preispolitik, ganz beson-

Verständigung setzt sich durch

Günther Stephan und Heinz Kluncker auf Jugendkonferenzen über Ostkontakte der Gewerkschaften und Redneraustausch

Für die Verstärkung der Kontakte und die Beseitigung aller dem Redneraustausch entgegenstehenden Widerstände haben sich das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Günter Stephan und der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker ausgesprochen. Beide sprachen vor Delegierten von Jugendkonferenzen.

Stephan, der in Göppingen auf der Jugendkonferenz der Gewerkschaft Holz über das Thema: „Gewerkschaftsjugend — ihre Aufgaben in dieser Zeit“ referierte, hob als wichtigstes Ergebnis des DGB-Kongresses in Berlin die breite Zustimmung zur Intensivierung der Kontakte zu den sozialistischen Ländern und ihren Organisationen hervor. In dieser Frage habe sich der DGB-Kongreß betont jugendfreundlich verhalten. Die Delegierten hätten ein gutes Gespür für die drängendsten Fragen der Zeit gehabt.

Als einen weiteren Erfolg nannte Stephan den Beschluß des Bundesvorstandes, eine offizielle Delegation in die östlichen Länder zu entsenden. Wenn man bedenke, wie die Haltung des DGB noch vor einiger Zeit ausgesehen habe, sei darin sicherlich ein beachtlicher Schritt nach vorn zu sehen. Da das offene Gespräch, der Gedankenaustausch auch unter Menschen mit verschiedenen oder gar gegensätzlichen Standpunkten, noch nichts geschadet habe, begrüße der DGB auch den vorgesehenen sogenannten Redneraustausch.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich Stephan scharf gegen die

Verdächtigungen, denen jeder in Westdeutschland ausgesetzt sei, der realistisch über die Oder-Neiße-Grenze oder über die DDR spricht.

Das Thema Kontakte und Verständigung beherrschte auch ein Grundsatzreferat, das der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker auf der außerordentlichen Jugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV in Berlin hielt. Auf Grund der veränderten politischen Situation müßten auch die Gewerkschaften prüfen, was sie auf diesem Gebiet tun könnten. Die Gewerkschaften in anderen westlichen Ländern hätten sich längst über die Kontaktverbote hinweggesetzt und wirkten erfolgreich als Botschafter des guten Willens.

Kluncker wies Lebers Bemerkungen zurück, die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern könnten kein Gesprächspartner sein. Die Arbeitnehmerorganisationen in der Sowjetunion, der CSSR, in Polen und anderswo seien durchaus Gewerkschaften, die sich bemühten, den arbeitenden Menschen Vorteile zu sichern. An anderer Stelle seines Referates sagte Kluncker, er habe während seines Aufenthaltes in der UdSSR den sicheren Eindruck gewonnen, daß man dort die technische und ökonomische Bewältigung der Arbeitsprozesse, die Humanisierung der Arbeit erster betriebe als bei uns; und verglichen mit den Anstrengungen auf dem Gebiet der Bildung sei die Bundesrepublik ein Entwicklungsland!

Kluncker bekräftigte die Entschlossenheit des Hauptvorstandes, die Kontakte auszubauen — unter anderem durch die Einleitung von Ferienkontakten —, und versprach den Jugendlichen der ÖTV verbindlich, daß die Gewerkschaftsjugend selbstverständlich in dieses Programm aufgenommen werde.

Eine Einschränkung machte Kluncker jedoch hinsichtlich der DDR-Kontakte. Wegen der besonderen Kompliziertheit des gesamtdeutschen Dialogs müßten diese Kontakte in der Verantwortung des Hauptvorstandes bleiben. Sollten die ersten Ergebnisse erfolgversprechend verlaufen, werde sich auch die Gewerkschaft ÖTV diesem Dialog stellen und ihre guten Dienste anbieten. HW

ders die Gestaltung der von der öffentlichen Hand direkt und indirekt festgesetzten Preise, zur Stabilisierung des Preisniveaus eingesetzt wird und nicht für einkommens- und finanzpolitische Sonderinteressen.

Es ist an der Zeit, die gesetzlichen Bestimmungen gegen Wettbewerbsbeschränkungen so zu gestalten, daß die Ausnutzung von Monopolstellungen zu Lasten der Verbraucher nicht mehr möglich ist.

Mehr Mitbestimmung

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich bei allen zuständigen Stellen dafür einzusetzen, daß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft ausgedehnt und erweitert wird. Gleichzeitig ist dafür zu sorgen, daß auch in dieser erweiterten betrieblichen Mitbestimmung das Wirken der Gewerkschaften nicht behindert wird.

Programm für „Frauen von heute“

Arbeitsprogramm des DGB wird zusammengestellt Eine Initiative der IG Chemie-Frauenkonferenz

Der 7. Ordentliche Bundeskongress des DGB in Berlin beauftragte den DGB-Bundesvorstand, „die 1949 beschlossenen Richtlinien für die Frauenarbeit im DGB zu überarbeiten und verstärkt zu publizieren. Diese Richtlinien sind durch ein Arbeitsprogramm, das die insbesondere durch die bisherige gewerkschaftliche Arbeit veränderten Gegenwartsbedingungen berücksichtigt, zu ergänzen.“

Die Initiatoren dieses Antrages, die Delegierten der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, schlugen dazu vor, „alle vom DGB und seinen Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Frauenerwerbsarbeit zusammenzufassen, zu überprüfen und zu koordinieren. Darauf aufbauend ist das Arbeitsprogramm des DGB für die Lösung der Probleme der Frauenerwerbsarbeit zu erarbeiten.“

Mit diesem Beschluß sehen sich die Gewerkschaften in bezug auf die Frauenarbeit, vor allem natürlich die Kolleginnen selbst, der Erledigung einer umfangreichen Arbeit gegenübergestellt.

In einer Reihe von Gewerkschaften wurden bereits Befragungen und Untersuchungen durchgeführt, die Aufschluß über die Lage der erwerbstätigen Frauen gaben. Eine solche Aktivität erwies sich als notwendig, weil von seiten der Regierungsstellen die vor Jahren beschlossene Frauen-Enquete nur schleppend durchgeführt wird.

Jetzt hat eine große Gewerkschaft eine bemerkenswerte Initiative in dieser Richtung entwickelt. Auf der 5. Zentralen Frauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik Mitte Juni in Hamburg legte die Abteilung Frauen beim Hauptvorstand den Delegierten unter der Bezeichnung „Frauen von heute“ einen gedruckten Katalog von Forderungen an „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ vor.

Diese Frauen von heute, gemeint sind die rund 10 Millionen berufstätigen Mädchen, Frauen und Mütter, „sorgen mit ihrer Arbeit für das Funktionieren der Wirtschaft, sichern durch ihre Arbeit den Lebensstandard der Familien, erfüllen durch Familienpflichten eine staatsbürgerliche Aufgabe, haben es schwerer als Männer“, heißt es in dieser Schrift. Keine erwerbstätige Frau wird dies bestreiten, denn noch immer bestehen weit verbreitete Vorurteile gegenüber der Frauenerwerbsarbeit, und noch immer werden sie trotz im Grundgesetz verankerter Gleichberechtigung materiell benachteiligt.

Als dringendste Forderungen, über die auf den Frauenkonferenzen aller Gewerkschaften und des DGB seit Jahren diskutiert, beraten und beschlossen wird, hat die IG Chemie-Papier-Keramik festgehalten:

■ Gleicher Lohn für gleichwertige Ar-

beit. Die letzten Leichlohngruppen — getarnte Frauenlohngruppen — müssen beseitigt werden.

■ Berufliche Anerkennung, gleiche Aufstiegschancen, keine Abwertung der von Frauen ausgeübten Tätigkeit.

■ Ausbau und Modernisierung des Arbeitsschutzes, Einhaltung der Schutzbestimmungen, vor allem für den Mutterschutz, strengere Überwachung durch die Aufsichtsbehörden.

■ Bessere Bildung, Anpassung des ganzen Schul- und Ausbildungswesens an die Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft. Keine unterschiedlichen Bildungsziele für Jungen und Mädchen.

■ Hilfen für berufstätige Mütter durch Errichtung von Kindertagesstätten, Krabbelstuben, Kindergärten, Kinderhorte und Ganztagschulen; durch bezahlte Freistellung der Mütter bei Erkrankung ihrer Kinder.

■ Urlaubsreisen mit Kolleginnen zur Erholung, zur Freude, zur Kontaktaufnahme mit Menschen jenseits der Grenzen, verbunden mit gewerkschaftlichen Studienprogrammen.

Zu anderen dringenden Forderungen, wie Herabsetzung der Rentenalters-

grenze, Verbot der Nachtarbeit, Sicherung des Arbeitsplatzes für 55 Jahre alte Arbeiterinnen, Behandlung der Probleme aus der Teilzeitbeschäftigung, Mutterschutzgesetz u. ä. haben die Delegierten dieser Frauenkonferenz besondere Beschlüsse gefaßt.

Die Leiterin der Frauenabteilung beim Hauptvorstand, Rose Marquardt, hat diesen „Wunschzettel“ als das Aktionsprogramm der Kolleginnen ihres Industriegewerkschaftsbereiches bezeichnet. Die Gewerkschaft wendet sich damit besonders auch an die unorganisierten Frauen, damit sie nicht länger abseits stehen und sich gleichfalls in der Organisation für die Erreichung dieser Ziele einsetzen.

Dieser Katalog ist gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zur Erarbeitung des vorgesehenen Arbeitsprogramms des DGB. I.S.

Im politischen Bereich entschied sich die Frauenkonferenz der IG Chemie gegen die Notstands- und Zivildienstgesetzgebung und bekräftigte den entsprechenden Beschluß des DGB-Bundeskongresses. Die Konferenz forderte sofortige Aktionen zur Verhinderung dieser Gesetzespläne. Der DGB-Bundesvorstand wurde aufgefordert, allen Bestrebungen zur Einführung eines Pflicht- und Sozialjahres für Mädchen nachdrücklich entgegenzutreten.

Die Delegierten der Frauenkonferenz ersuchten den Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik, Bemühungen um eine Annäherung und Verständigung „mit unseren Landsleuten in der DDR“ zu unterstützen. Dazu sollten Delegationen von Gewerkschaftern aus der Bundesrepublik und der DDR zu Kontaktgesprächen zusammenkommen.

Bildungspolitik von morgen

Kongress der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bildung ist nicht nur sachliches und fachliches Wissen

Ein wenig im Schatten der Diskussionen nach dem Bundeskongress stand der Kongress der Lehrer und Erzieher, der sich Anfang Juni in Hamburg mit den vielen komplizierten und detaillierten Fragen der Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik sowie auch der Tarif- und Besoldungsprobleme der Lehrer und Erzieher beschäftigte.

Aus dem umfassenden Bericht des Hauptvorstandes, der den 520 Delegierten vorlag, ging hervor, daß die gewerkschaftlich organisierten Lehrer und Erzieher sich um den Einfluß auf die Gestaltung der Bildungsprobleme sowie die Qualifizierung und materielle Sicherung der Lehrerschaft mit Erfolg bemüht haben. Zu diesem Bericht gab es nur wenig Diskussionen und kaum eine Kritik.

Leidenschaftlicher wurde dagegen die Aussprache zur Frage der Organisationsstruktur, zu der ein Bericht der

Rationalisierungskommission des Hauptvorstandes vorlag. In diesem Bericht wird festgestellt, daß die in langer Tradition gewachsene Arbeitsweise des Gesamtverbandes den modernen Anforderungen nicht mehr gewachsen sei. Es komme darauf an, sich den neuen Anforderungen anzupassen, um schnell und schlagkräftig entscheiden zu können.

Die besondere Wertschätzung der GEW kam in der Öffentlichkeit darin zum Ausdruck, daß eine Reihe prominenter Persönlichkeiten am Kongress

teilnehmen, so u. a. Schleyer von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, sowie Ludwig Rosenberg vom DGB, die über das Generalthema „Bildungspolitik für morgen“ referierten. Am grundsätzlichsten sprach dazu der DGB-Vorsitzende, der u. a. ausführte:

„Wir (die Gewerkschaften) meinen, wenn wir von Bildung sprechen, ein umfassendes, nicht nur auf ein oder wenige Fachgebiete begrenztes Wissen, das mehr ist als ein Instrument zur Bewältigung technischer oder fachlicher Aufgaben. Das auch mehr ist als vieles, das man in Schulen und Hochschulen vermittelt und gewiß lehren und lernen muß. Und wenn wir von ‚Bildung für morgen‘ sprechen, dann ist uns klar, daß dieser Begriff sich nicht nur auf die Ausbildung von Fachleuten und die Vermittlung von Fachwissen in jenem Sinne beziehen kann, wie es heute oft verstanden wird. Wir denken daran, daß alles Fachwissen und die bestfunktionierende Technik und die bestausgerüstete Wirtschaft, daß alle noch so hervorragenden Wissenschaftler, Fachleute und Facharbeiter keine Gewähr dafür bieten, daß eine freiheitliche demokratische Ordnung gewahrt und gesichert ist.“

Rosenberg schloß mit dem Hinweis, daß die Demokratie von dem Bildungsgrad ihrer Bürger abhängt.

Prof. Rodenstein zog aus der Diskussion die Schlußfolgerung, daß drei Gruppen in unserer Gesellschaft skandalös benachteiligt seien, nämlich die Arbeiterkinder, die Kinder vom Lande und die Mädchen. Dabei unterstützte er Ausführungen des Bauernpräsidenten Rehwinkel, der sich in einem Vortrag gegen die jahrzehntelange Vernachlässigung des ländlichen Landes durch die staatliche Schul- und Bildungspolitik bis in die Gegenwart hinein gewandt hatte.

Der Kongreß der Lehrer und Erzieher stellte sich einstimmig hinter die vom 7. DGB-Bundeskongreß aufgestellten Forderungen und Grundsätze zur Bildungspolitik. Von den rund 150 Anträgen und Entschlüssen, die den Delegierten vorlagen, ist die Entschließung zur „Intensivierung der politischen Bildung an den Berufsschulen“ bemerkenswert, in der es u. a. heißt, die demokratische Staats- und Lebensform habe als Wirklichkeit nur Bestand, wenn sie von möglichst vielen Menschen getragen wird. Die Schule sei berufen, diese staatsbürgerliche Aufgabe wahrzunehmen. Da rund 80 Prozent der Jugendlichen die Berufsschule besuchen und sie erst in diesem Alter bewußt einer politischen Bildung zugänglich sind, müsse die Berufsschule diese Erziehungs- und Bildungsaufgabe durchführen. Daneben nahm der Kongreß auch eine Entschließung zur Friedenspolitik an.

-r.

Die Alleingänge müssen unterbleiben

NGG-Vorsitzender kritisiert mangelnde Solidarität im DGB

Das leidige Thema: Mehr Macht für die Spitze im Bund?

Soll der DGB eine lose, koordinierende Dachorganisation der Gewerkschaften oder eine „starke Spitze“ mit exekutiven Vollmachten sein? Um diese Frage geht in den Gewerkschaften die Debatte schon seit langem. In der „Welt der Arbeit“ vom 10. Juni hat dazu der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Alfred Schattanik, das Wort ergriffen.

Schattanik beklagt mit Recht die „eigenwilligen Eskapaden einiger Gewerkschaftsvorsitzender“, die in den Augen der Mitglieder mißfällig ankämen und dazu angetan seien, die gewerkschaftliche Solidarität zu schwächen. Wörtlich meint Schattanik: „Mit jeder Aktion, die eine einzelne Gewerkschaft etwas außerhalb der gesamtgewerkschaftlichen Solidarität unternimmt, begeben wir uns selbst eines Teiles der Kraft, als wichtigster gesellschaftlicher Faktor bei der Lösung der großen Zukunftsaufgaben dabei-zu-sein.“

Man muß nicht dreimal raten, um zu wissen, daß damit hauptsächlich Georg Leber gemeint ist, der in der Vergangenheit und augenfällig auf dem Berliner DGB-Kongreß (so wie zuletzt wieder auf dem Bremer Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden) seine Extratouren geritten ist. Die krankhafte Publizitätssucht dieses Mannes, der soviel peinlichen Beifall aus dem anderen Lager erheischt, ist in der Tat ein Ärgernis. Dies um so mehr, als Lebers Aktivität dem Inhalt nach darauf abzielt, den DGB und die gesamte Gewerkschaftsbewegung auf einen konformistischen Kurs zu bringen.

Der NGG-Vorsitzende drückt in dem Artikel sein Unbehagen über die nachträgliche Interpretierung des Berliner Anti-Notstandsbeschlusses aus und fragt: „Soll der Meinungsstreit um diesen Komplex auf die Ebene des Bundesvorstandes zurückverlagert werden, also dahin, wo er vordem lag und trotz manch guter Ratschläge und Bemühungen um eine einheitliche Stellungnahme des DGB ungelöst blieb? Soll das Spiel von neuem beginnen?“

Zweifellos ist auch dieses neuerliche „Spiel“ das Werk derjenigen, die sich mit der ablehnenden Entscheidung des 7. DGB-Kongresses in Sachen Notstandsgesetze nicht zufrieden geben wollen. Man muß dazu aber auch bemerken, daß dieses Spiel ausgerechnet in der DGB-Spitze vor sich geht, die Schattanik noch gestärkt sehen möchte. Vielleicht muß man auch fragen, ob nicht die Solidarität im DGB angesichts solcher politischer Zweckakrobatik ebenso leidet wie infolge Leberscher Extratouren?

Die Sorge des NGG-Vorsitzenden um die „Stoßkraft der Gewerkschaften“, wie Schattanik es formuliert, ist begründet. Aus seinen Darlegungen geht klar hervor, daß er eine Stärkung des DGB und der gewerkschaftlichen Solidarität wünscht, um nachdrücklicher an die Lösung der wichtigen gewerkschaftspolitischen Fragen herangehen zu können.

Um auf diesem Wege weiterzukommen, dürften zunächst jedoch zwei Dinge erforderlich sein: Einmal müssen alle bedenklichen Alleingänge aus einer bestimmten Ecke unterbleiben, und zum andern muß der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand noch den Beweis antreten, daß er einen Zuwachs an Macht nicht in einen Zuwachs an Bremsversuchen gegen begrüßenswerte gewerkschaftliche Initiativen umzuwandeln gewillt ist.

Vor etwa einem Jahr hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten einen bemerkenswerten Plan zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ausgearbeitet. Dieses Konzept verfolgte nicht nur die einfache Geldansammlung für langfristiges Sparen, sondern lief darauf hinaus, eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der betrieblichen Gewinnsubstanz zu erreichen. Dann schaltete sich der DGB ein, um alle Vorstellungen und Pläne zum Thema Vermögensbildung zu „koordinieren“ — und man hat nie wieder etwas von dem NGG-Plan gehört; wohl aber und um so lauter von der Vermögensbildungspolitik der IG Bau-Steine-Erden.

Es ist wirklich an der Zeit, und so ist auch der Appell Alfred Schattaniks zu verstehen, daß sich die Gewerkschaften im DGB zu einer schöpferischen Solidarität finden, die einzig und allein an den Interessen aller Arbeitnehmer orientiert ist. Das DGB-Grundsatzprogramm und das Aktionsprogramm bilden dabei eine gute Orientierungshilfe. Hierbei gibt es, was die Schaffung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates betrifft, genügend Aufgaben, für deren Realisierung die Gewerkschaften an einem gemeinsamen Strang ziehen müssen.

G. S.

DGB fordert Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin Eine nachahmenswerte Initiative in Bayern

Im Juni hat der DGB in Bayern den Fraktionen im Bayrischen Landtag und den Mitgliedern der Sozialpolitischen Ausschüsse in Landtag und Senat den Entwurf eines Gesetzes übergeben, welches die Errichtung einer Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin als Anstalt des öffentlichen Rechtes vorsieht. Das ist ein bemerkenswerter Vorstoß.

Wir wissen es alle: Die Wartezimmer der Ärzte sind überfüllt. Der Arzneimittelverbrauch steigt; die Frühinvalidität nimmt zu. Es werden immer mehr Erholungsmaßnahmen gefördert; man erlaubt Vorsorgeuntersuchungen, um Frühschäden zu erkennen; man hält Gesundheitstagungen ab, schuf ein Gesundheitsministerium und hat dennoch eine Lücke im Netz der Maßnahmen geflüssentlich übersehen, welche nun durch die Forderung des DGB in Bayern zumindest in den Blickpunkt gerückt wird: die mangelhafte bzw. fehlende Ausbildung der Mediziner auf arbeits- und sozialmedizinischem Gebiet. Ein bereits früher gestellter Antrag des DGB auf Einführung der Arbeits- und Sozialmedizin als Prüfungsfach für medizinische Studienabschlußprüfungen wurde vom Fakultätenausschuß erst kürzlich wieder abgelehnt.

Was ist Arbeitsmedizin? Sie soll die psychischen und physischen Reaktionen des Menschen auf seine Arbeit und Arbeitsumwelt untersuchen und die arbeitsbedingten Gesundheitsschäden aufdecken. Dabei geht es nicht nur um die sogenannten Berufskrankheiten, sondern um das Erkennen und Beseitigen von Berufskrankheit auslösenden Bedingungen.

Auch die Sozialmedizin ist in der Bundesrepublik noch weitgehend unbekannt. Sie versucht, milieubedingte Gesundheitsstörungen aufzudecken, und kann in Verbindung mit soziologischen und sozialpsychologischen Erkenntnissen nicht nur die bessere Aufklärung der Bevölkerung über solche Zusammenhänge gewährleisten, sondern auch Spannungen beseitigen helfen, die Krankheiten fördern.

Was hier gemeint ist, zeigt am besten ein Blick in die Praxis. Obwohl die Wartezimmer voller Menschen sitzen, die tagsüber in irgendwelchen Betrieben arbeiten, haben nur wenige Ärzte je einen solchen Betrieb von innen gesehen. In ihrer Ausbildung ist so etwas jedenfalls nicht vorgesehen. Sie diagnostizieren Kreislaufrschäden, Haltungsfehler, vegetative Dystonien u. ä.

und haben keine Vorstellungen von Maschinenlärm, vom Fließbandtakt, von wechselnden Schichtzeiten und den daraus resultierenden seelischen und körperlichen Belastungen.

Ein Arzt, der sich als Arbeitsmediziner ausbilden will, kann das in Sonderkursen nach seinem Studium zwar tun; aber er muß in dieser Zeit in seiner Praxis einen Vertreter beschäftigen oder schließen, Frage: Wer ist schon so ein Idealist, und wem kann man es verbüßeln, wenn er von diesen ohnehin dürftigen Möglichkeiten keinen Gebrauch macht?

Die Werksärzte dagegen sind Angestellte der Betriebe. Sie haben zwar eine Menge Möglichkeiten, aber sie dürfen höchstens in Notfällen behandeln. Wenn sie ihre Diagnose gestellt haben, müssen sie den Kranken an einen Kassenarzt überweisen. Es gibt in der Bundesrepublik kein Werksärztesgesetz wie z. B. in Frankreich. So gibt es bei uns eine ganze Reihe von größeren Betrieben, die sich den „Luxus“ eines Werksarztes gar nicht erst leisten, sondern dem Arzt „um die Ecke“ in Sondersprechstunden ihre Beschäftigten zuschicken, z. B. um die vom Gesetz festgelegten Untersuchungen (JASchGes, MSchGes usw.) durchführen zu lassen. Dieser Arzt kann sich dann auch „Werksarzt“ nennen und der werksärztlichen Vereinigung beitreten, ohne daß er je veranlaßt wurde, sich in Arbeitsmedizin auszubilden.

Die Situation ist nicht nur im Ganzen unbefriedigend, sondern auch in höchstem Maße grotesk. Was könnte an Versicherungs- und Krankengeldern, geschweige denn an seelischer Not und Schmerzen erspart werden, wenn diese „Hauptverbandsplatztaktik“ endlich aufhören würde. Mit einem „Verbinden“ und wieder Hinausschicken in die alten Verhältnisse ist nichts gewonnen. Das beweisen ja schließlich die steigenden Frühinvalidenzahlen usw.

Es wird mehr denn je nötig, den Maschinenrhythmus, die Sitzgelegenheiten, die Klimaanlage, die Bedienungshebel, das Arbeitstempo, die Räumlichkeiten usw. so zu gestalten, daß man damit und darin leben und arbeiten kann und nicht dadurch erkrankt. Nicht zuletzt sind es in vielen Fällen die Vorgesetztenmanieren, die den Menschen psychisch so belasten und zusetzen können, daß nur noch die Flucht in die Krankheit als Ausweg bleibt.

Die doppelte Moral, die dem Problem innewohnt, wird klar, wenn man nach

Bundesregierung will Rentenversicherungsbeiträge erhöhen

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten soll nach einem Beschluß des Bundeskabinetts nicht erst 1969, wie Bundesarbeitsminister Katzer es vorgesehen hatte, sondern bereits ab 1. Januar 1968 von jetzt 14 auf 15 Prozent heraufgesetzt werden. Für 1970 ist eine weitere Beitragsanhebung auf 16 Prozent vorgesehen.

Angeblich macht der ungünstige Altersaufbau der Bevölkerung eine solche Maßnahme erforderlich. Dieses Argument klingt jedoch recht ungläubwürdig, zumal die Rentenversicherungen in diesem Jahr wieder einen Einnahmeüberschuß von mindestens 1,5 Milliarden DM erzielen werden. Eine Situation, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, ist noch keineswegs herangereift. Vielmehr muß befürchtet werden, daß die Bundesregierung zur Entlastung ihres durch Rüstungsausgaben strapazierten Haushalts künftig ihrer Verpflichtung auf Zuschußzahlung zur Rentenversicherung in erhöhtem Umfang mit Schuldverschreibungen statt mit Bargeld nachzukommen gedenkt. Dieses Verfahren wird durch Bonn schon seit drei Jahren mit ständig größer werdenden Summen praktiziert.

dem schlichten Recht fragt. Ein Autofahrer, der jemand anfährt und schuldhaft verletzt, wird für diesen Körperschaden mit Fug und Recht haftbar gemacht. Wenn ein Betrieb dagegen an seiner Packmaschine z. B. Frauen stehen acht Stunden beschäftigt, so daß sie an Unterleibsschädigungen, Senkfüßen, Durchblutungsstörungen, Krampfadern u. ä. leiden, dann wird die Schuld nicht mehr untersucht, sondern das Leiden als Schicksal, bei größerem Glück als Berufskrankheit abgetan. Der Betrieb wird jedoch nicht verpflichtet, z. B. Stühle an diesen Arbeitsplätzen aufzustellen.

In einer Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin — nachdem diese Fächer keine Prüfungsfächer werden konnten — sollten sich insbesondere Gutachterärzte für die Versicherungen, die Vertrauensärzte, die Werksärzte, die Ärzte in den dichtbesiedelten Arbeitervierteln der Großstadt — die es auch heute noch gibt — und viele andere ein Wissen aneignen und erweitern können, das sie befähigt, auf sozialpolitischem Gebiet Entscheidungen mit zu beeinflussen, die wirklich der Gesundheit dienen. E. B.

Beschlüsse des DGB-Kongresses

Der 7. Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat im Mai in Berlin insbesondere auch im sozialpolitischen Bereich eine umfangreiche Skala aktueller Forderungen erhoben. Dieses gewerkschaftliche Programm wäre ohne Zweifel geeignet, zahlreiche Mißstände auf diesem Sektor in der Bundesrepublik überwinden zu helfen. — Wir setzen im folgenden den im Juni-Heft begonnenen Abdruck von Beschlüssen des DGB-Kongresses fort:

Paritätische Mitbestimmung

Der DGB-Bundeskongress beauftragt den DGB-Bundesvorstand, durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit nicht nur die Arbeitnehmer, sondern die gesamte Bevölkerung unserer Bundesrepublik von der Notwendigkeit einer paritätischen Mitbestimmung in der Wirtschaft zu überzeugen.

Begründung: Die Unternehmensverbände betreiben eine aufwendige Propaganda gegen unsere Forderungen auf paritätische Mitbestimmung. Sie werden dabei von der Bundesregierung tatkräftig unterstützt. Man versucht, dieses Problem in der Öffentlichkeit immer wieder so darzustellen, als ob die Verwirklichung unserer Forderungen der demokratischen Ordnung herbeiführt. Leider beeinflussen diese irreführenden Behauptungen weite Teile unserer Öffentlichkeit.

Zur Abwehr dieser Angriffe reichen Zeitungsanzeigen und Artikel in der Gewerkschaftspressen nicht aus. Mit Großveranstaltungen und Kundgebungen könnte man sicher dazu beitragen, daß unsere Forderungen ein besseres Echo finden.

Tarifautonomie

Die von den Gewerkschaften nach den Laufzeiten und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung vorgenommenen Kündigungen der Tarifverträge werden immer wieder zum Anlaß genommen, in tendenziöser Weise von Lohnwetten zu sprechen.

In diesen Stellungnahmen wird den Gewerkschaften eine wirtschaftlich verantwortungslose Interessenpolitik unterstellt und die Bildung von Institutionen gefordert, welche diese angeblich verantwortungslose Politik in ihre Schranken weist.

Spannungen, die natürlicherweise in den Tarifauseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern entstehen, werden zum Anlaß genommen, um nach autoritären Entscheidungen Dritter zu rufen.

Alle diese Bestrebungen zielen auf eine Eingangs, letztlich auf eine Beseitigung der Tarifautonomie ab. Die Gewerkschaften weisen nachdrücklich darauf hin, daß die von ihnen frei und in gemeinsamer Verantwortung mit der Arbeitgeberseite vereinbarten Tarifverträge die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nicht gehemmt, sondern gefördert haben.

Die Gewerkschaften werden jedem Versuch einer Behinderung der Tätigkeit frei gebildeter Koalitionen entgegneten und darauf achten, daß die durch unser Grundgesetz gewährleistete Tarifautonomie uneingeschränkt erhalten bleibt.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Trotz eindeutiger Rechtsgrundlagen, die durch das Grundgesetz Art. 3, die Bundesverfassung, die ILO-Konvention Nr. 100 und den EWG-Vertrag Art. 119 für die Lohnansprüche der Frauen bestehen, sind die früheren Frauenlohngruppen immer noch vorhanden. Sie bestehen als „Leichtlohngruppen“ oder „Lohngruppen für körperlich leichte Tätigkeiten“ weiter. Es zeigt sich immer deutlicher, daß diese ehemaligen Frauenlohngruppen nicht nur ein Problem bei der Entlohnung der Männer werden, die durch technische Veränderungen Arbeitsplätze einnehmen, auf die das Merkmal „körperlich leicht“ zutrifft. Eine im Auftrage der IG Metall durchgeführte Untersuchung von Rodke/Rothel beweist das ebenfalls.

Es ist unerlässlich, daß die Gewerkschaften und Industriegewerkschaften mehr als bisher bei den Lohnverhandlungen darauf drängen, daß die gewerkschaftliche Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, entsprechend den Beschlüssen zahlreicher Gewerkschaftskongresse sowie des Grundsatzzusammenhangs und des Aktionsprogramms, bald realisiert wird. Da die Arbeitgeber hier besonders harten Widerstand zeigen und genauso wie die Bundesregierung

behaupten, daß die Lohnungleichheit in der Bundesrepublik durchgeführt sei, verdienen alle gewerkschaftlichen Erfolge bei den Tarifverhandlungen und bei der Einstufung in den Betrieben besondere Anerkennung.

Entschädigung wegen Wegfalls von Arbeitsplätzen

Der Bundesvorstand des DGB wird beauftragt, ein Gesetz zu erwirken, das den Arbeitnehmern einen Anspruch auf Entschädigung sicher, denen ohne eigenes Verschulden wegen Wegfall von Arbeitsplätzen gekündigt wird.

Diese Entschädigung ist aus einem Fonds zu zahlen, der aus Beiträgen der gesamten Industrie und aus Steuermitteln aufzubringen ist.

Die in Großbritannien seit Dezember 1965 festgelegten entsprechenden Bestimmungen sollten bei der Fassung des Gesetzesentwurfs zu Rate gezogen werden.

Begründung: Die strukturellen und die technischen Veränderungen in der Wirtschaft haben in bezug auf die Freisetzung von Arbeitnehmern größere Ausmaße angenommen, als sie die anhaltende Konjunktur sichtbar werden läßt. Immerhin werden in einzelnen Bereichen — z. B. Bergbau — heute schon Kräfte freigesetzt, die vom Arbeitsmarkt nicht mehr ohne weiteres aufgenommen werden können. Das gilt zur Zeit zwar im wesentlichen nur für ältere Arbeitskräfte, wurde sich aber bei einer Abschwächung der Konjunktur auch für die anderen Arbeitnehmer erweisen.

Mit einer fühlbaren finanziellen Schutzmaßnahme, die in Zusammenhang mit anderen Unterstützungsmassnahmen gesehen werden muß (Arbeitslosenhilfe, Anpassungshilfen usw.), würde die Bereitschaft, in Gebieten mit Arbeitskräftemangel umzuwechseln, sehr viel stärker werden. Größere Mobilität der Arbeitskräfte entspricht den Bedürfnissen einer sich verändernden und sich ausweitenden Wirtschaft.

Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle

Der 7. Ordentliche Bundeskongress des DGB fordert von den gesetzgebenden Organen des Bundes die baldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfalle.

Die arbeitsrechtliche Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten bei Arbeitsunfähigkeit ist aus sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen vordringlich. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für eine zeitgemäße Neuordnung der Krankenversicherung und muß dieser deshalb vorausgehen. Der Bundeskongress lehnt eine versicherungsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung ganz entschieden ab. Er macht im übrigen darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber schon 1964 zum Ausgleich für die Mehrbelastungen der Lohnfortzahlung von der Finanzierung der Kindergeldleistungen freigestellt wurden.

Bekämpfung der Frühinvalidität

Der 7. Ordentliche Bundeskongress stellt mit Sorge fest, daß der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der jungen Arbeitnehmer, weitgehend unbefriedigend ist. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen offensichtlich nicht aus, um Fortschritte zu machen. Die Zahl der Frühinvaliden und der Leistungsgehinderten ist nach wie vor viel zu hoch.

Der Bundeskongress fordert daher ein Programm zur Bekämpfung der Frühinvalidität. Hierbei soll mit Ärzten und anderen Sachverständigen zusammengearbeitet werden. Das Programm ist der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber vorzulegen. Es sollen dabei insbesondere folgende Grundsatzziele geklärt werden:

1. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die Ursachen und die beginnende Minderung der Erwerbslosigkeit rechtzeitig festzustellen?

2. Welche Ergebnisse haben die Gesundheitsmaßnahmen der Sozialversicherung, insbesondere der Rentenversicherung?

3. Welche neuen Maßnahmen sind erforderlich, um eine erfolgreiche Bekämpfung der Frühinvalidität zu erreichen?

Bei den Beratungen sollte beachtet werden, daß zur Erhaltung der beruflichen Tätigkeit und der beruflichen Wiedereingliederung der Leistungsgehinderten ein „einheitliches Recht auf Rehabilitation“ zu schaffen ist, durch das jeder Geschädigte unabhängig von der Ursache der Schädigung einen Anspruch auf umfassende Hilfen erhält.

Keine Bundesschuldverschreibungen

Der 7. DGB-Bundeskongress verurteilt den Beschluß der Bundesversammlung, nun schon das dritte Mal einen erheblichen Teil der gesetzlichen Bundesleistungen an die Rentenversicherungsanstalten nur in Form von Bundesschuldverschreibungen zu erfüllen. Durch die Blockierung von Mitteln wird die finanzielle Handlungsfreiheit der Rentenversicherungsanstalten bedenklich eingeschränkt. Die Erfüllung von Aufgaben, die im unmittelbaren Interesse der Versicherten liegen, wie u. a. die für die Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit so wichtigen Gesundheits- und Heilfürsorgeleistungen, die finanzielle Finanzierung der sozialen Wohnungsbau und für die Verbesserung des Berufsverkehrs, ist dadurch in Frage gestellt. Der DGB-Bundeskongress protestiert gegen die Fortsetzung dieses Zwangsanleihe-Verfahrens. Die Rentenversicherungsanstalten gesetzlich zustehenden Bundesmittel sind keine Finanzreserven des Bundes.

Wohnungspolitik

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Bundeskongresses beobachten mit Sorge die sozialen Härten, die sich aus dem bisherigen Vollzug der sogenannten Abbaugesetze durch die Freigabe der Mietschutzrechte ergeben haben. Sie warnen die Forderung, den weiteren Vollzug des „Lücke-Planes“ sofort auszusetzen und zunächst eine sorgfältige Analyse der Versorgungslage auf den örtlichen Wohnungsteilmärkten vorzunehmen.

Die schematische Defizitzurechnung, mit welcher bislang die „schwarzen Kreise“ in „weiße Kreise“ verwandelt wurden, ist keine Basis für eine sozialgerechte Wohnungspolitik.

Der Wohnungsmarkt kann erst dann freigegeben werden, wenn ein Überhang angebotener Wohnungen von mindestens 3 Prozent auf den örtlichen Teilmärkten vorhanden ist. Behausungen, die den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nicht entsprechen, sind von der Zahl der verfügbaren Wohnungen abzusetzen. Durch die Freigabe der Mieten für Altbauwohnungen, mittlerweile auch in den „schwarzen Kreisen“, und durch die Steigerung der Sozialmieten sind vor allen Dingen Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen, Kinderreiche und Rentner in Bedrängnis geraten. Die bisherige Wohngeldregelung reicht nicht aus, um die Mehrbelastungen der Haushalte auszugleichen. Sie muß deshalb gründlich verbessert und vereinfacht werden.

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Bundeskongresses protestieren gegen die Kürzung der öffentlichen Mittel für den Sozialen Wohnungsbau und gegen die Zweckentfremdung der Rückbauten aus dem Sozialen Wohnungsbau. Es gibt noch immer breite Bevölkerungsschichten, die auf Wohnungen mit niedrigen Mietpreisen angewiesen sind. Diese Menschen sind nicht in der Lage, die auf dem freien Wohnungsmarkt geforderten Mieten zu zahlen.

Die ungezügelte Steigerung der Baulandpreise ermöglicht und provoziert die Bodenspekulation. Die drastische Steigerung der Mietpreise, die die Lebenshaltung vieler Familien schwer belastet, ist nicht zuletzt auf diese Spekulation zurückzuführen. Es müssen endlich gesetzliche Handhaben geschaffen werden, um die Bodenspekulation zu unterbinden.

Um die örtlichen Wohnungsmärkte für jedermann durchsichtig zu machen, müssen öffentliche Meldestellen für alle frei werdenden Wohnungen eingerichtet werden.

Die mit öffentlichen Mitteln geförderten Sozialwohnungen müssen in jedem Falle denjenigen Familien vorbehalten bleiben, die wegen ihres geringen Einkommens auf solche Wohnungen angewiesen sind.

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, seine bisherige Wohnungspolitik fortzuführen. Er wird beauftragt, die einseitig informierte Öffentlichkeit über die Hintergründe und Auswirkungen der von der Bundesregierung betriebenen Wohnungspolitik in geeigneter Form aufzuklären.

Erfolg der britischen Seeleute

Der britische Seeleutestreik ist nach sechseinhalb Wochen Dauer am 29. Juni beendet worden. Beide Seiten, die Seeleutegewerkschaft NUS und die Reederverbände, einigten sich auf den Kompromißvorschlag eines von der britischen Regierung eingesetzten Untersuchungsausschusses. Dieser Vorschlag, den sich die Reeder zu eigen machten, sieht die Verkürzung der gegenwärtigen 56-Stunden-Woche auf See in zwei Etappen auf 40 Stunden vor. Die Arbeitszeit soll danach sofort auf 48 und im Juni 1967 auf 40 Stunden reduziert werden. Die Überstundenregelung ist so vorgesehen, daß die Seeleute auf einen Mehrverdienst von rund 9,5 Prozent kommen. Ferner sollen vier zusätzliche Urlaubstage gewährt werden.

Die NUS-Gewerkschaft hatte folgende Forderungen erhoben: Sofortige Einführung der 40-Stunden-Wochen und Anerkennung jeder weiteren Stunde als Überstunde mit einer effektiven Lohnerhöhung von 16 Prozent, Verlängerung des Urlaubs und Änderung der unwürdigen, zum Teil mittelalterlichen Rechtsordnung für Seeleute.

Der Streik wurde seit Anfang Mai mit unverminderter Intensität geführt. In den britischen Häfen lagen fast 900 Schiffe fest, die von über 25 000 Seeleuten verlassen wurden. Die Gewerkschaft hatte angedroht, den Streik zu verschärfen, falls die Reeder kein Entgegenkommen zeigten. Während nur britische Schiffe, die Heimathäfen anlaufen, bestreikt worden waren, sollten die Kampfmaßnahmen möglicherweise auf alle britischen Schiffe überhaupt sowie auf die Küstenschifffahrt und auf ausländische Schiffe, die nach Großbritannien kommen, ausgedehnt werden.

Das Exekutivkomitee der NUS hatte alle ausländischen Seeleutegewerkschaften aufgefordert, Solidarität mit ihren britischen Kollegen zu üben. Die Gewerkschaften der Seeleute in Norwegen, Finnland und Schweden haben sich grundsätzlich zu einer Blockade aller britischen Schiffe bereit erklärt, wenn eine entsprechende Aufforderung der Internationalen Transportarbeiterföderation, der Dachorganisation der nationalen Transportarbeitergewerkschaften, ergeht. Über praktische Schritte der Solidarität, wie den Boykott britischer Schiffe durch die Hafenarbeiter und Seeleute, hat auch der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in der Bundesrepublik in zwei Sitzungen beraten. Die Gewerkschaft hat den britischen Kollegen zur Stärkung des Streikfonds 50 000 DM überwiesen.

Aufstand holländischer Bauarbeiter

Holland erlebte Mitte Juni die heftigsten Unruhen nach 1945. In den Städten Amsterdam und Den Haag demonstrierten Bauarbeiter gegen eine soziale Ungerechtigkeit, wobei es in Amsterdam zu schweren Zusammenstößen mit Polizei und Militär kam, die ein Todesopfer forderten. 65 Personen wurden zum Teil schwer verletzt und 25 verhaftet. Während der Protestaktion der Amsterdamer Bauarbeiter schalteten sich mehrere tausend Jugendliche — mit zum Teil recht unterschiedlichen Motiven — in die Auseinandersetzungen mit der Polizei ein.

Den Anlaß dieser Bauarbeiterproteste — es handelt sich dabei um gewerkschaftlich nicht organisierte — bildete eine neue Regelung, wonach erstmals in diesem Jahr zwei Prozent vom Urlaubsgeld als Verwaltungskosten von der auszahlenden Instanz einbehalten wurden. Seit 1930 gibt es im holländischen Baugewerbe eine Urlaubskasse, die rund 300 000 Mitglieder zählt. Die Bauarbeiter erwerben im Laufe des Jahres sogenannte Urlaubsmarken, die sie bei Antritt des Sommerurlaubs bei dieser Urlaubskasse einlösen. Der Sommerurlaub wird in Holland von allen Bauarbeitern gleichzeitig angebetreten.

Im vergangenen Jahr vereinbarten Unternehmer und Gewerkschaften, die die Urlaubskasse verwalten, in einem neuen Tarifvertrag, daß von allen Mitgliedern der Urlaubskasse 2 Prozent Verwaltungskosten einbehalten werden. Das sind 15 bis 20 Gulden. Für die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter übernehmen die Gewerkschaften diese 2 Prozent, so daß Gewerkschaftsmitglieder ihr volles Urlaubsgeld erhalten.

Die nichtorganisierten Bauarbeiter verlangten bei der Einlösung ihrer Urlaubsmarken die volle Auszahlung des Urlaubsgeldes wie in den vergangenen Jahren. Als ihnen dies verweigert wurde, machte sich die Empörung in spontanen Kundgebungen und Demonstrationen Luft.

Die Auseinandersetzungen in Amsterdam und Den Haag dürften ein anschauliches Beispiel dafür gewesen sein, was bei den Bestrebungen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer den nichtorganisierten materiell vorzuziehen, herauskommen kann. Auch in der Bundesrepublik versuchen die Gewerkschaften bekanntlich, durch materielle Besserstellung der organisierten Arbeitnehmer einen moralischen Druck auf die Nichtorganisierten auszuüben, damit diese in die Gewerkschaften eintreten. Während das bisher in der Bundesrepublik nicht gelungen ist, muß der „Erfolg“ der holländischen Gewerkschaften im Lichte der Amsterdamer Ereignisse doch bedenklich stimmen.

Streiks auch in Italien

Italien erlebte im Juni eine Reihe von Streiks zur Durchsetzung höherer Löhne und sozialer Verbesserungen im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Industrie mit staatlicher Beteiligung. So streikten die Eisenbahner und Schrankenwärter je 24 Stunden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, so daß praktisch 48 Stunden lang der Zugverkehr zum Erliegen kam. Ebenfalls 48 Stunden legten die Postbediensteten die Arbeit nieder.

Dem Streik bei Post und Bahn folgten Arbeitsniederlegungen der Metallarbeiter in Staatsbetrieben und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung.

Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus

Unter diesem Titel legt Heinz Seeger eine Broschüre vor, in der er zusammen mit den DDR-Gesellschaftswissenschaftlern Dr. Hemberger, Prof. Dr. Maier, Dr. Petrak, Prof. Dr. Reinhold und Dr. Schwank eine Analyse der spätkapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik vornimmt. Die Broschüre ist ein interessanter Beitrag zu der Diskussion um Bewegungsformen und Perspektive des — wie die Autoren sagen — „staatsmonopolistischen Kapitalismus“.

Kann der Kapitalismus mit seinen inneren Widersprüchen fertig werden? Ist die zyklische Überproduktionskrise verschwunden? Wird es wieder katastrophale Wirtschaftskrisen geben? Wie sollen sich die Gewerkschaften im Spätkapitalismus verhalten? — Auf diese und andere Fragen versucht die Broschüre eine realistische Antwort zu geben. Sie enthält auch die Thesen zu dem 1965 im Dietz-Verlag (Ostberlin) erschienenen Buch „Imperialismus heute“, das im östlichen und westlichen Ausland gleichermaßen Interesse und Widerspruch fand.

„Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“, 88 Seiten stark, 3,— DM, zu beziehen durch Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9.

Berliner Beschluß gilt unverändert

Der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner bekräftigt in Nr. 13 der Zeitung „Metall“ vom 28. Juni 1966 mit Nachdruck Aussage und Verbindlichkeit der Entscheidung des 7. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetzgebung. Brenner interpretiert den später gefaßten Beschluß des DGB-Bundesausschusses, der gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Bonner Notstandspläne vorsieht, wie folgt:



„Der dem Bundesausschuß unterbreitete Vorschlag des Bundesvorstandes vom 7. Juni bezieht sich unmissverständlich auf Wortlaut und Inhalt der Entscheidung 16 des Berliner Kongresses zur Notstandsgesetzgebung. Die vom Bundesvorstand gebildete Kommission im Geiste der Berliner Entscheidung die gewerkschaftliche Auffassung gegenüber den Bundesaktionen und der Regierung sowie in der Öffentlichkeit zu vertreten. Daraus ist der Bundesausschuß klar gestellt, welches der Ausgangspunkt der Politik und der praktischen Maßnahmen des DGB in der Notstandsfrage ist. Darüber kann es keinen Zweifel geben. Die Gewerkschaften werden alle Notstandsfragen und besonders die Entwürfe der Bundesregierung auf der Grundlage der Berliner Entscheidung kritisch und dazu Stellung nehmen. Sie werden dafür zu sorgen haben, daß die volle Wahrheit über die Notstandsgesetze, auch über die bereits verabschiedeten sieben sogenannten Einflüchsen Gesetze, der Bevölkerung bekannt wird. Wenn die Bundesregierung ihre neuen Gesetzentwürfe vorlegt, wird sich zeigen, daß in diesen Entwürfen so ziemlich dasselbe steht, was uns Höchster schon vorgesetzt hat.“

Es gilt also, auf der Hut zu sein und die Bundesregierung aufzufordern, daß sie ihre Pläne auf den Tisch legt. Ich bin fest davon überzeugt, daß dann die Front jener noch größer werden wird, die begriffen haben, welche Gefahren unserer demokratischen Grundordnung durch die Notstandspläne drohen und wie berechtigt die Ablehnung durch die Gewerkschaften ist.“

Vorbildlich für faschistische Staaten

Scharfe Kritik an den Notstandsplänen der Bundesregierung ist die „Gewerkschaftszeitung „druck und papier“ in der Nummer 12 vom 6. Juni 1966. Das Blatt schreibt:



„Kurz vor Beginn des DGB-Bundeskongresses in Berlin hielt es Bundesinnenminister Lübke für angebracht, die Gewerkschaften in der Notstandsfrage zu erpressen. Hat er sich schon mit dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, für die er als Wohnungsbauminister verantwortlich war, einen unheimlichen Namen gemacht, so empfiehl er sich nun mit dem im Innenministerium vorbereiteten Abbau der Demokratie als Musterminister für faschistische Staaten. Leider bestehen keine Aussichten, daß Lübke, Jäger und Konsorten sich nach Südwesten absetzen, sondern vielmehr autoritäre Regierungsformen hierzulande mit aller Gewalt einführen.“

Man überlege sich, wie bei passender Gelegenheit die junge Demokratie wieder abgewürgt und stattdessen eine formierte Gesellschaft etabliert werden kann. Wie man die Grundrechte, die dem Menschen angeblich von Geburt an zustehen, einschränkt, wie man alle Männer endlich wieder unter Befehlsgewalt bekommt; wie man die Kritik mundtot macht – das hat man sich überlegt.

Sind das die berühmten Gemeinschaftsaufgaben? Wir halten uns darunter etwas anderes vorgestellt: Bildungsnotstand, blauer Himmel über Rhein und Ruhr, saubere Gewässer, bessere Schulen, mehr Krankenhausbetten, menschwürdiger Renten. Nein, in Bonn denkt man nicht an das Morgen, sondern an das Übermorgen, das nach Regierungsauffassung bestimmt ganz fürchterlich sein wird. Wir stimmen da zu, aber es ist schon heute fürchterlich: Wenn eine demokratische Regierung gewillt ist, die Verfassung zu brechen – und sei es auch auf Geheiß der Affilierten – dann bringt sich diese Regierung um ihre Legitimationen.

Es stellt sich unwillkürlich die Frage, was die Schubladenvorurteile uns nach bescheren werden, da die einfachen Notstandsgesetze

schon tief und spürbar in unser Leben eingreifen: Luftschutz, straffe Lenkung der Wirtschaft, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Zivilschutzkorps, Sicherstellung der Ernährung, wobei selbst wildwachsende Nahrungsmittel dem staatlichen Zugriff nicht entzogen sind. Ist das noch nicht genug der Vorsorge? Will man auch Internierungslager (um es vornehm zu formulieren) einrichten? Die Todesstrafe für alle einführen die Nachdenken und zum Widerstand gegen die Regierung aufrufen, weil sie selbst die Verfassung verrät?“

Die Öffentlichkeit über Notstandsgesetze aufklären

Das Zentralblatt der IG Chemie-Papier-Keramik, „Gewerkschaftspost“, berichtet in der Juli-Ausgabe über die Auslegung des Beschlusses DGB-Bundesausschusses, der den öffentlichen Aufklärung über die Gefahren der Notstandspläne aufzuklären:



„Am 7. Juni befaßte sich der Bundesvorstand des DGB mit den Konsequenzen des Nein zur Notstandsgesetzgebung, das von der großen Mehrheit der Delegierten des Berliner DGB-Kongresses ausgesprochen wurde.“

Der Bundesausschuß des DGB beschloß dann am 13. in Recklinghausen zweierlei: Der DGB wird sich Erörterungen der Notstandsgesetzgebung nicht entziehen, sei es in Gesprächen mit der Bundesregierung oder den sogenannten hearings des Parlaments bzw. seiner Ausschüsse nach angelsächsischem Muster. Er wird dies tun unter Aufrechterhaltung der Ablehnung von Notstandsgesetzen, wie sie in Berlin beschlossen wurden.“

Zum zweiten beauftragte der Bundesausschuß des DGB – die höchste Instanz des Deutschen Gewerkschaftsbundes zwischen den Kongressen – den DGB und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften damit, die Mitgliedschaft der Gewerkschaften und die Öffentlichkeit über die Haltung des DGB in der Notstandsfrage aufzuklären. Es ist klar, daß diesem zweiten Teil des Beschlusses von Recklinghausen eine besondere Bedeutung zukommt, weil unter den gegebenen Voraussetzungen niemand anders die breite Öffentlichkeit über die Gefahren der drohenden Notstandsgesetzgebung aufklären und sie zu demokratischer Wachsamkeit aufrufen kann als die mächtigste demokratische Massenorganisation der Bundesrepublik, eben die deutschen Gewerkschaften.“

Nicht den Kopf in den Sand stecken

Die Gewerkschaftszeitung „druck und papier“ nimmt in der Nummer 13 vom 20. Juni 1966 die neofaschistische NPD aufs Korn und schreibt u. a.:



„Nunmehr 33 Jahre ist es her, daß das nationalsozialistische Regime in einer großangelegten Aktion die deutsche demokratische Gewerkschaftsbewegung zerschlug, ihre aktiven Führer in Zuchthäuser und Konzentrationslager steckte, viele ermordete. Rache war da gewiß im Spiel, weil die Gewerkschaften von Anfang an zu den entschiedensten Gegnern der Nazibewegung gehört hatten. Der eigentliche Grund aber war: Faschismus und freie, dem Interesse der arbeitenden Menschen verpflichtete Gewerkschaften sind, wie Feuer und Wasser, ein Gegensatz in sich, sie schließen einander aus.“

Das gilt nicht nur für die Vergangenheit. Es ist auch heute wieder hochaktuell: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – laut Gerichtsurlauf, Nachfolgeorganisation der Nationalsozialisten – sammelt immer mehr Anhänger und in noch größerer Zahl Wähler um sich. Eine Partei, deren Ziel es letztlich ist, in Deutschland erneut ein faschistisches Regime zu errichten. Zwar ist die NPD – auch das muß man sehen – noch eine Splitterpartei. Damit aber sich zu trüben und weiter den Kopf in den Sand zu stecken, das hieße, nicht nur die Demokratie, sondern auch die Rechte der Arbeitnehmer in Deutschland sowie ihre berufene Interessenvertretung, die demokratischen Gewerkschaften, ein weiteres Mal in sträflichem Leichtsinn aufs Spiel zu setzen.“

Vietnam-Krieg zerstört

Johnsons Ansehen

Über die wachsende Unzufriedenheit der US-amerikanischen Bevölkerung mit der Washingtoner Vietnam-Politik und der Person Präsident Johnsons berichtet in Nr. 12 vom 14. Juni 1966 die Zeitung „Metall“, das Organ der Industriegewerkschaft Metall in der Bundesrepublik:

„Eine Umfrage in den Vereinigten Staaten ergab, daß 54 Prozent der Ansicht sind, die USA-Truppen sollten aus Südvietsnam zurückgezogen werden, wenn die inneren Kämpfe in diesem Land in größerem Umfang weitergehen. Nur 28 Prozent waren für Fortsetzung der US-Intervention und 18 Prozent wollten keine Antwort. Die Frage, ob die Vereinigten Staaten, wenn eine südvietsnamische Regierung sich zur Einstellung der Kämpfe entschließt, den Krieg allein fortsetzen oder sich zurückziehen sollten, beantworteten sogar 72 Prozent mit „Zurückziehen!“

Nach diesem Ergebnis ist es kein Wunder, daß eine Umfrage des bekannten Gallup-Instituts für Meinungsforschung in den USA ergab, daß nur noch 46 Prozent Weltbewerbs besitzen, weniger als die Hälfte mit der Amtsführung Präsident Johnsons einverstanden sind.“

Der Einfluß des Staates

In der Juni-Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatsschrift“ des DGB erläutert das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Wilhelm Haferkamp die wirtschaftspolitischen Grundzüge der Gewerkschaften. Haferkamp charakterisiert dabei die im Spätkapitalismus typischen wachsenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaftsabläufe zugunsten der dominierenden Monopole:



„In der Bundesrepublik besteht eine Wirtschaftsordnung, in welcher die wirtschaftlich Stärkeren den Wettbewerb besitzeln, behindern oder ihm ausweichen können, und in welcher der Staat zum Vorteil von Interessengruppen ständig in die Wirtschaftsabläufe eingreift.“

a) Gestörter Wettbewerb

Der Wettbewerb ist in weiten Bereichen unserer Wirtschaft gestört

durch sogenannte Marktdarstellungen im Agrarsektor

durch Kartellabsprachen

durch die Preisbindung zweiter Hand

durch marktbeherrschende Unternehmen

durch die Unübersichtlichkeit der Warenmärkte für den Verbraucher.

Um sich der „Bewährung im Wettbewerb“ zu entziehen, scheuen die wirtschaftlich Stärkeren nicht davor zurück, den Wettbewerb einzuschränken, zu behindern oder robust zu bekämpfen – etwa durch Lieferboykott oder durch gerichtliches Vorgehen gegen „Preisbrecher“.

Die Maßnahmen von Gesetzgeber und Regierung zur Herstellung und Sicherung des Wettbewerbs sind seit Jahren ungenügend. Die Folgen dieses politischen Versagens treffen in steigendem Maße die wirtschaftlich Schwachen. Sie gehen in Form von Preissteigerungen und Geldentwertung vor allem zu Lasten der Arbeitnehmer, Rentner und Pensionäre.

b) Eingriffe des Staates

Der Staat greift in zunehmendem Maße in die Wirtschaft ein. Er tut es vor allem dann, wenn es darum geht, die Sonderinteressen bestimmter Gruppen zu fördern.

Er sieht sich gezwungen, Schutzmaßnahmen für diejenigen zu ergreifen, denen das Risiko im Wettbewerb lästig wird; die leidenschaftlichen Bekennnis zur Unabhängigkeit des freien Unternehmertums sind in solchen Fällen nicht mehr zu hören.

Er gewährt Subventionen in hohen Milliardenbeträgen; deren Empfänger können solche Staatsgelder offenbar ohne weiteres mit dem Prinzip der Leistungswettbewerbs, mit der Privatinitiative und mit dem Risiko des Unternehmers vereinbaren.

Er beschließt oder billigt Preiserhöhungen zugunsten der Einkommenssteigerung bestimmter Gruppen, etwa für Landwirte und Hausbesitzer, und verlangt gleichzeitig, daß die davon betroffenen Arbeitnehmer und Verbraucher wie auch die Lohnpolitik solche zusätzlichen Belastungen hinnehmen müssen.

Es kann nicht bestritten werden: Theorie, Ideologie und Wirklichkeit der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft kloffen weit auseinander.“

■ 28. August — 2. September

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz in München

■ 4.—9. September

Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund

■ 11.—16. September

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Bremen

■ 13.—16. September

Betriebsräte- und Vertrauensleute-konferenz der IG Metall in Karlsruhe

„Automation — Risiko und Chance“

Unter diesem Titel hat die Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., die Protokolle der zweiten internationalen Arbeitstagung der IG Metall über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt, die im März 1965 in Oberhausen stattfand, herausgebracht.

„Alle Fachleute sind sich darüber einig, daß die Schul- und Berufsausbildung der Bundesrepublik den Ansprüchen einer sich technisch schnell ändernden Arbeitswelt nicht mehr gerecht wird. Die Schulzeit ist zu kurz, und die Qualität von Schule und Lehre ist unzureichend. Zehntausende von jungen Menschen werden nicht nur schlecht, sondern auch in Berufen ohne Zukunft ausgebildet. Ihre Energien und Hoffnungen werden auf Ziele gelenkt, die keine sind.“ Diese Wahrheit, die der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner auf der Automationstagung aussprach, geht Millionen Menschen an und hat sie hellhörig gemacht.

In dem umfangreichen Werk sind die Reden und Diskussionsbeiträge von Fachleuten aus dem In- und Ausland enthalten. Von unschätzbarem Wert sind vor allem für den Gewerkschafter die vielen Fakten und Anregungen, die von ihnen zum Thema Automation beigelegt wurden. Das zweibändige Werk „Automation — Risiko und Chance“ enthält zu diesem Thema so ziemlich alles, was heute an gesellschafts- und sozialpolitischen Erkenntnissen von Wert ist.

Wie wirkt der technische Fortschritt auf die Wirtschaft der Bundesrepublik und die anderer Länder des westlichen Auslands? Welche Wirkungen strahlen auf die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik aus? Wie müssen für Gegenwart und Zukunft die Bil-

Offenes Ohr für Anregungen

Deutsche Arbeiterkonferenzen sollen verbessert werden

Wir haben uns getreut, daß in Ihrer Zeitschrift Nr. 4/1966 die Deutsche Arbeiterkonferenz eine positive Würdigung erfahren hat, und möchten uns dafür bedanken. Mit Interesse haben wir diesen Beitrag gelesen, der die neuen Nuancen dieser Konferenz hervorhebt.

In seinem Bericht stellt Heinz Czymek einige Überlegungen an, die wir auf unserer nächsten Tagung des Ständigen Ausschusses der Deutschen Arbeiterkonferenz und bei der Vorbereitung der nächsten Konferenz berücksichtigen werden. Der Dialog zwischen SED und SPD hat das offene Gespräch zwischen den Arbeitern und Gewerkschaftlern beider deutscher Staaten zu den Grundfragen unserer Nation — Frieden, Demokratie und Verständigung — belebt und beeinflußt. Daran können und werden die Arbeiterkonferenzen nicht vorbeigehen.

Es war und ist das oberste Anliegen der Deutschen Arbeiterkonferenzen und ihres Ständigen Ausschusses, für Frieden und Verständigung in Deutschland zu wirken. Deshalb haben wir für alle Anregungen und Vorschläge, die dazu dienen, daß die Deutschen Arbeiterkonferenzen dieser Aufgabe noch besser gerecht werden, ein offenes Ohr. Sicher wäre es gut, wenn auch in Ihrer Zeitschrift viele Arbeiter und Gewerkschafter zu Wort kämen und so aktiv in das sich entwickelnde Gespräch eingreifen.

Zur Vorbereitung der nächsten Arbeiterkonferenz wäre es wünschenswert, wenn recht viele westdeutsche Arbeiter, Gewerkschafter und Sozialdemokraten dem Ständigen Ausschuß ihre Meinungen und Vorschläge mitteilen

würden. Das Gespräch zwischen SED und SPD nur zu begrüßen oder es nur zu beobachten, reicht doch nicht. Die Sicherung des Friedens und die glückliche Zukunft unserer Nation verlangen heute das tätige Eingreifen in den Gang der Ereignisse.

Dazu gehört als erster Schritt die Teilnahme an der offenen Aussprache zwischen den Arbeitern, der Arbeiterjugend, den Gewerkschaften, den Bauern, der Intelligenz, zwischen den Mitgliedern und Freunden der SED und der SPD über die Sicherung des Friedens und den Weg zu einem friedliebenden, einheitlichen Deutschland. Sicher würde das Auftreten von profilierten Gewerkschaftern aus der Bundesrepublik auf der nächsten Deutschen Arbeiterkonferenz die Verständigung der Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten sinnvoll unterstützen.

Mit kollegialem Gruß!

Ständiger Ausschuß der Deutschen Arbeiterkonferenzen
Bodo Schulz, Berlin

Zu guter Letzt:

„Es ist nicht einzusehen, warum 300 Millionen NATO-Europäer sich von 180 Millionen Amerikanern beschützen lassen müssen, um vor 200 Millionen friedfertiger Russen nicht zittern zu müssen.“

Das fragt Franz Josef Strauß, CSU-Vorsitzender. Ja, warum wohl, so fragen wir uns auch, besonders, wenn wir an die sogenannte Devisenhilfe denken, die aus den Taschen der Steuerzahler für die amerikanische Besatzungsarmee in die USA fließt.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat.
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9
Telefon 36 38 Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter:
Gerd Siebert, Hamburg

Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch

Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50,
Winterstraße 9-11
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement
3,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

8

VI. Jahrgang

Verlagshaus, 1. August 1966

Einzelpreis 0,75 DM

2S 21395 E

Obwohl die SPD in Nordrhein-Westfalen einen ihrer besten Wahlsiege errang, haben die CDU und die FDP ihr den Weg zur Regierung verlegt. Mit einer Stimme Mehrheit — genau wie die erste Wahl Adenauers zum Bundeskanzler — ist Meyers zum Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Damit ist entgegen dem Willen des Wählers die alte CDU/FDP-Koalition wieder zum Zuge gekommen. Der SPD hat es nichts genutzt, daß sie nach ihrem Wahlsieg der CDU politische Konzessionen gemacht hat. Es hat ihr nichts genutzt, daß sie, um die CDU zur großen Koalition zu bewegen, die Deutschlandpolitik der Bonner Regierung, den anmaßenden Alleinvertretungsanspruch, unterstützte und dem provokatorischen Gesetz über das „freie Geleit“ für die Redner der SED zugestimmt hat: die CDU hält die Sozialdemokraten eisern von der Regierungsgewalt fern. An dieser Tatsache ändern auch alle Entrüstungstürme der Sozialdemokraten nichts und der Vorwurf, die Handlungsweise der CDU in Nord-

rhein-Westfalen sei undemokratisch. Wann hätte sich die CDU/CSU in der bundesdeutschen Geschichte jemals etwas daraus gemacht, ungeschriebene Gesetze der Demokratie zu ignorieren, wenn es sich darum handelt, die Macht weiter in der Hand zu behalten. Der Fraktionssprecher der sozialdemokratischen Fraktion im nordrhein-westfälischen Landesparlament, Kühn, hat — ebenso wie Erler für die SPD-Bundestagsfraktion — nunmehr eine harte Opposition angekündigt. Das ist nur zu hoffen, denn damit würde sie

nichts anderes als den Auftrag ihrer Wähler erfüllen. Es kommt aber nicht allein auf die harte Opposition an, an die viele nicht glauben, denn die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß sich die SPD noch nie zu einer konsequenten Opposition aufschwingen konnte. Es gehört dazu auch, eine Alternative zur Politik der CDU/CSU zu entwickeln. Davon ist aber leider bisher nur wenig zu spüren.

Die Monologe der drei SPD-Vorsitzenden vor dem westdeutschen Fernsehen, die der Bevölkerung als Ersatz für die Diskussionen in Karl-Marx-Stadt und Hannover geboten wurden, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD vor allem keine Alternative zur Deutschlandpolitik der Bonner Regierung präsentieren konnte. Zwar hat Herbert Wehner davon gesprochen, man müsse nach Formen des Miteinanderlebens suchen, und gleichzeitig festgestellt, daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingen könne, aber derartige Erklärungen stehen in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was der Parteivorstand der SPD und die Bundestagsfraktion praktiziert. Wer nach Formen des Miteinanderlebens sucht, muß zunächst einmal offiziell von der Existenz des Partners Kenntnis nehmen und auf den Anspruch verzichten, für ihn mitsprechen zu wollen. „Normale Verhältnisse“, wie sie Willy Brandt in der Fernsehrede gefordert hat, wird man nur herstellen können, wenn, um noch einmal ein Wort Brandts zu benutzen, „vernünftige Folgerungen“ aus den politischen Realitäten gezogen werden.

Jetzt bleibt nur die Hoffnung, daß der Parteivorstand der SPD nach diesem neuerlichen Fußtritt durch die CDU in Nordrhein-Westfalen sich endlich von der Politik der Gemeinsamkeiten mit jenen abwendet, denen man jetzt mit Recht undemokratische Haltung vorwirft, um seine Freunde dort zu suchen, wo sie wirklich zu finden wären: in der Arbeiterschaft in den beiden Deutschland. sr

Wahlen in Nordrhein-Westfalen	2
■ Konzentration in der Stahlindustrie	4
Wirtschaftspolitisches Notstandsgesetz	6
Versicherungsbeitrag für Rüstungspolitik	9
■ Rüstungspolitik und Preissteigerung	10
Wirtschaftswunder — nicht für alle	13
■ Leber gegen Godesberg	14
■ Wandel in der Klassenstruktur	16

Demagogie

Bei den seit Tagen tobenden Kämpfen der Neger in den USA gegen eine reaktionäre Horde von weißen Rassisten sind in den verschiedenen Städten sieben Menschen getötet und einhundert verletzt worden, zahlreiche darunter sehr schwer. In Cleveland im Bundesstaat Ohio wurde der Ausnahmezustand verhängt, und in zahlreichen Städten ist die Polizei durch Soldaten der Nationalgarde verstärkt worden. Bezeichnend für den Charakter der blutigen Auseinandersetzungen ist die Tatsache, daß bisher nur Farbige getötet wurden.

Die Rassenunruhen in den USA, bei denen es um nichts anderes geht, als die farbige Bevölkerung ihre Gleichberechtigung verlangt, sind ein Beispiel für die politische Demagogie der Johnson-Administration. Sie führt in Vietnam, wo sie nichts verloren hat und vom Volk nicht gerufen wurde, einen grausamen Krieg, um angeblich die Freiheit aufrecht zu erhalten, die sie augenscheinlich im eigenen Land für die farbige Bevölkerung nicht zu sichern vermag. okolus